

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Pettzelle oder deren Raum 20 Pfg., Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 130.

Donnerstag, den 6. Juni 1912.

19. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Steuer Sorgen in Dänemark.

Acht volle Monate quält sich nun schon die „liberale“ dänische Regierung ab, aus dem Volke die nötigen Millionen herauszupressen, um die Kosten der sogenannten Verteidigungsvorlage, die man vor zwei Jahren mit einem Hip, hip, hurra! angenommen hatte, ohne jedoch an deren Deckung zu denken, aufzubringen. Zwar hat das Folkething, die dänische Zweite Kammer, wo die Liberalen bekanntlich gerade die Hälfte der Mandate besitzen, schon längst die Steuervorlagen geschluckt, trotzdem diese dem liberalen Steuerprogramm diametral entgegenlaufen; die Schwierigkeiten liegen bei der Ersten Kammer, wo die Privilegierten und die Großgrundbesitzer die ausschlaggebende Majorität besitzen. In dem Steuerbuckett der Regierung besand sich nämlich, um den Schein der liberalen Steuerpolitik zu wahren, auch eine Vorlage, die die Erhöhung der direkten Steuern auf Einkommen und Vermögen um 4½ Millionen Kronen vorsah. Und gerade diese Vorlage ist es, worum sich der Streit in der Ersten Kammer dreht. Die Privilegierten wollen von dieser Steuer parlout nichts wissen, denn nach ihrer Meinung zahlen sie schon jetzt dem Staat mehr als zuviel. Die indirekten Steuern auf Schnaps und Bier haben sie bewilligt, sie zeigten sich sogar willig, die Schnapssteuer über den von der Regierung vorgeschlagenen Satz (60 Proz. über die bisher geltende Steuer) zu erhöhen. Sie boten weiter eine Erhöhung des Kaffee- und Teezolls und die Verewigung des Kohlenzolls an. Aber bisher blieb die Regierung wider Erwarten fest und erklärte, auf Erhöhung der Einkommen- und Vermögenssteuer bestehen zu müssen. Eine so tiefgreifende Schröpfung des Volkes könne nicht allein auf indirektem Wege vorgenommen werden, der Gerechtigkeit wegen müsse auch der Besitz zu den neuen Lasten herangezogen werden.

Nun steht es ja fest, der gegenwärtigen Regierung, die ja von der liberalen Partei gebildet ist, aber von dieser weiter nichts mehr als den Namen übrig hat, ist es verteuert schnuppe, woher sie das notwendige Geld für den Militarismus zu Wasser und zu Lande bekommt. Gerechtigkeitssgefühl gegen die Masse des Volkes verleitet sie wirklich nicht zu ihrem absehnenden Standpunkt gegenüber den Privilegierten der Ersten Kammer. Es ist lediglich die Rücksicht auf die im nächsten Frühjahr stattfindenden Wahlen, und die Regierung fürchtet, und nicht mit Unrecht, daß eine Finanzreform, deren Basis allein auf indirekten Steuern beruht, dieselben Folgen haben könne, wie in Deutschland. Und die liberale Partei und damit die Regierung in die Minderheit zu drängen, ist fast um ein Haar bei den letzten Wahlen schon gelungen. Das muß die gegenwärtige Regierung unter allen Umständen vermeiden, will sie sich nicht selbst die Regierungsjesfel vor die Tür stellen.

Als die Privilegierten nun merkten, daß mit der Regierung in dieser Beziehung nicht zu reden war, daß im Gegenteil die Regierungspresse — das ist die liberale — den Kampf gegen die privilegierte Erste Kammer ankündigte und die Konservativen mit seit 20 Jahren nie geheimerer Stärke angriff, begann man auf der Rechten einzufahren, daß ein Kampf zwischen den seit langem zusammenarbeitenden Konservativen und Liberalen nur zum Vorteil für die Sozialdemokratie und bürgerlichen Radikalen auslaufen könne. Und man verlegte sich aufs Rechnen und kam zu dem Ergebnis, daß die Regierung gar nicht notwendig hätte, eine so große Summe von circa 13 Millionen zur Deckung des Stat-Defizits zu verlangen. Die Ergebnisse der bewilligten Bier-, Schnaps- und Zigarettensteuer genügten, um das Defizit zu decken, daher sei eine Erhöhung der Einkommen- und Vermögenssteuer überflüssig. In die Enge getrieben, mußte die Regierung die Nichtigkeit dieser Berechnung zugehen, sie redete sich dann aber damit heraus, daß die durch die neue Finanzreform erzielten Überschüsse zu einer schnelleren, außerordentlichen Abzahlung der unter dem liberalen Regierungssystem rapid gestiegenen Schuldenlast verwendet werden sollten. Im ganzen Lande erregte diese Schiebung der Regierung großes Aufsehen. Sie, die das Land so unverantwortlich in riesenhafte Schulden hineingeritten hat, wollte natürlich unter Anspannung der letzten Steuerkraft des Volkes auf diese Weise sich von den Schulden freimachen, um dann sich ausspielen zu können, daß nur die Liberalen und ihre Regierung die seien, die das Land vor dem Ruin gerettet hätten. Dieses billige Heldentum der Staatsretterei ist nun durch die Steuerdrückerei der Privilegierten verborgen worden, zum großen Ärger der Regierung. Nun erst recht blieben die Privilegierten bei ihrer Forderung: keine Erhöhung der direkten Steuern! Und es schien zurzeit, als ob es doch zu einem ernstem Kampfe

zwischen Liberalen und Regierung einerseits und den Konservativen und den Privilegierten der Ersten Kammer andererseits kommen sollte. Das schwerste Geschick wurde auf beiden Seiten aufgeföhren — aber es war nur Theaterdonner.

Schließlich sahen sich die Liberalen genötigt, sich aufs Schachern mit den Privilegierten zu legen. Die Regierung legte einen Vergleichsvorschlag vor, den die Konservativen samt den Privilegierten am letzten Sonntag gutheießen und der nun auch von den beiden Kammern angenommen werden wird. In diesem Vorschlag reduziert die Regierung ihre Steuerforderungen um über 4 Millionen Kronen, von über 13 auf 9 Millionen, und räumt den Privilegierten große Vergünstigungen ein. Die ursprünglich geplanten 4½ Millionen Kronen, die durch Erhöhung der Einkommen- und Vermögenssteuer einkommen sollen, werden auf 2½ Millionen festgesetzt, und zwar geschieht dieser Nachlaß nur zugunsten der größten Einnahmen, für welche auch die progressive Skala in Wegfall kommt.

Dieses in die Augen fallende Entgegenkommen gegen die Reichsten der Reichen, das dem permanenten liberalen Volksverrat die Krone aufsetzt, soll natürlich dadurch etwas abgemildert werden, daß man die Biersteuer um ein Geringes — 75 Dre per Hektoliter — ermäßigt und daß man weiter eine Erhöhung der Lotteriestempelsteuer und der Totalisatorsteuer, die zusammen etwa ¼ Millionen Kronen ergeben sollen, dem Steuerbuckett einverleiht. Auch soll der Kohlenzoll am 1. Januar 1913 wegfallen und die Kommunen sollen den für soziale Zwecke bestimmten Zuschuß von 1 200 000 Kronen jährlich, wie bisher, weiter erhalten. Damit glaubt man auf liberaler Seite den begangenen Verrat an eigenen Programm und am ganzen Volke gutgemacht zu haben. Wie das dänische Volk diesen neuerlichen Verrat aufnehmen wird, ist unschwer vorauszusagen.

Millionen und aber Millionen werden auf Drängen der Privilegierten und Konservativen für den Militarismus bewilligt und wenn es dann ans Zahlen geht, drücken sich diese und die Lasten trägt die breite Masse des armen Volks. So war es früher unter dem konservativen Regierungssysteme und so ist es heute unter dem liberalen. Immer ist es der ärmere Teil des Volkes, der betroffen wird, wenn neue Steuern gemacht werden, um die kostspieligen Anforderungen des Militarismus zu decken. Mehr als 400 Millionen Kronen Schulden hat jetzt das kleine Dänemark, mehr als die Hälfte davon sind in dem letzten Jahrzehnt der „liberalen“ Regierungsperiode gemacht worden. Dabei steigt der Steuerdruck von Jahr zu Jahr, die Lebensmittel werden teurer, die Existenzfrage für den Arbeiter schwieriger. Und unter den trostlosen Finanzverhältnissen ist an einen weiteren Ausbau der Sozialgesetzgebung nicht zu denken. Alle notwendigen Reformen und Weiterbildungen auf diesem Gebiete sowohl wie der anderen Kulturforderungen bleiben unbeachtet. Die Sorgen der Liberalen konzentrieren sich nur um die eine Frage, wie sie sich an der Regierungskrippe am besten plazieren. Und um das zu können, müssen sie gute Freundschaft mit den Privilegierten halten auf Kosten des Volkes.

Als vor einigen Tagen im Folkething die Vorlage der Witwenliste des neuen Königs und der Witwenpension der Königin-Witwe vorlag, beantragte die sozialdemokratische Fraktion, das Gehalt des Königs auf 120 000 Kr. und die Pension der Königin-Witwe auf 30 000 Kr. jährlich festzusetzen, und zwar wegen der schlechten Finanzlage des Landes. Doch bei dieser Gelegenheit zeigten sich die bürgerlichen Parteien sehr generös, der König erhält jährlich seine Million und die Witwe 150.000 Kronen Pension. Als aber vor einigen Monaten der sozialdemokratische Antrag auf Unterstützung der Witwen und Waisen durch den Staat beraten wurde, da hörte man die brutalen Worte von den „Gebenden“ und „Nehmenden“ und den Satz des Ministers: „In Dänemark erlicken wir bald in Humanität“. Aber heute noch liegt der Antrag in der Kommission, und wenn im Laufe dieser Woche die diesjährige Parlamentssession geschlossen wird, dann wird wahrscheinlich das Papier, auf dem der Antrag gedruckt ist, als Makulatur an den Meistbietenden verkauft, der dann darin seine Waren einwickeln wird. Und das nennt sich dann liberale Regierung in Dänemark!

Die Situation in Ungarn.

Aus Budapest wird uns unter dem 5. Juni telephoniert:

Budapest gleicht heute ebenso wie gestern einer belagerten Stadt. Das Militär liegt auf den Straßen, Gendarmerie und Polizisten durchkreuzen die Straßen und verhindern jede Ansammlung von mehr

als zwei Personen. In dem Reichstag wiederholte sich daselbe Spiel wie gestern; die oppositionellen Abgeordneten wurden wieder von 150 Polizisten entfernt und als die Regierungspartei allein blieb, wurde im Handumdrehen das Gesetz über die Honved und über die Militärstrafprozessordnung abgemickelt. Die Sitzung wurde dann um 1 Uhr geschlossen. Die oppositionellen Abgeordneten begaben sich in geschlossenem Zuge, begleitet von einer riesigen Menge, durch die Straßen. An der nächsten Ecke stand eine Kompanie Infanterie und ein Detachement Polizisten. Der Polizeirat, der die Truppe befehligte, wollte den Abgeordneten den Weg versperren. Die Abgeordneten, an der Spitze Julius Jusch, wollten nicht weichen; darauf befahl der Polizeirat dem dienstführenden Hauptmann, einzuschreiten. Der Hauptmann kommandierte: „Bajonett auf!“ und mit gefällten Bajonetten gingen die Soldaten gegen die Abgeordneten vor. Die selben wichen jedoch nicht zurück, sondern entblößten ihre Brust und der Führer Jusch sprach: „Steht nur zu!“ Der Hauptmann, der die Gefahr erkannte, kommandierte sofort den Soldaten: „Nicht stehen, Gewehr bei Fuß!“ und wandte sich dann an den Polizeirat, mit dem er verhandelte. Darauf gelang es nach harter schwerer Arbeit die Abgeordneten in Güte und Ruhe auf einen anderen Weg zu verweisen.

Die Aufregung ist groß. Alles wartet auf das Vorgehen der Arbeitermassen und die Fabrikanten und Geschäftsleute rechnen jeden Augenblick mit einem allgemeinen Streik. Die Parteileitung hat sofort ihre Sitzungen für permanent erklärt und auch die gesamte Arbeiterschaft steht mit Gewehr bei Fuß auf dem Beobachtungsposten. Wir wissen, daß im Auslande die bürgerliche Presse sich bemüht, die ungarische Arbeiterschaft zu verdächtigen; aber die Parteileitung geht kaltblütig und vorfichtig zu Werke. Die aktive Teilnahme der Arbeiterschaft kam während der Verteilungssitzung auch zur Sprache; jedoch mer Budapest gestern und heute gesehen, wer die Heeresmacht von über 30 000 Mann mit Bajonetten und Karabinern, mit Revolvern und sogar Maschinengewehren an den bedeutendsten Punkten der Stadt, besonders jedoch in den Arbeiterquartieren sieht, der muß unbedingt bei dem geringsten Anstoß ein fürchterliches Blutbad erwarten. Daneben noch eine große Proklamation der Polizei an allen Straßenecken, wonach die Türen der Häuser in der inneren Stadt abends 8 Uhr, in den Arbeiterquartieren um 7 Uhr abends geschlossen werden müssen; in den Wirtschaften darf nicht ausgehen werden. Trotzdem der Belagerungszustand nicht erklärt ist, existiert er dennoch.

Die heutige Nummer des Parteiblattes, der „Nepjzava“, wurde konfisziert und zwar deshalb, weil darin der Standpunkt der Partei gekennzeichnet wurde. An der Spitze des Blattes wurde ein Aufruf an die Arbeiterschaft erlassen, der folgendermaßen lautet:

„Dieses Gesetz, das heißt das Wehrgesetz, welches auf ungelegliche Weise zustande gekommen ist, hat für die Arbeiterschaft keine Gültigkeit und Gesetzeskraft. Die Arbeiter werden aufgefordert, diesem Gesetz keine Folge zu leisten.“

Diese Kundgebung hat die Regierung derart wütend gemacht, daß sie einerseits das Blatt konfiszierte, andererseits aber auch der Arbeiterschaft Konzessionen machen wollte und zwar ließ sich der Ministerpräsident Lukacz von einem seiner Leute über das Wahlrecht im Abgeordnetenhaus interpellieren und antwortete sofort, daß ein liberales Wahlrecht schon zu Beginn des Herbstes dem Reichstag vorliegen wird.

Darauf antwortete die ungarische Parteileitung heute in einer Extraausgabe der „Nepjzava“, indem sie bemerkte: daß sie sich von einem Minister, der noch vor drei Tagen gegen das Wahlrecht war, nicht ködern lasse und daß sie den Versprechungen dieses Gewaltmenschen nicht Glauben schenken könne und weiter gibt sie der Hoffnung Ausdruck, daß der Ministerpräsident Lukacz im Herbst ganz bestimmt nicht mehr Minister sein wird.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Wahltag in Gotha.

Die Landtagswahlen in Gotha, die am Dienstag vor sich gingen, brachten der Sozialdemokratie zu den sieben bisherigen zwei neue Mandate. 19 Sitze waren zu belegen. Davon erlangte die Sozialdemokratie 9, die rechtsstehenden Parteien (Agrarier, Antisemiten ufm.) 6, und die vereinigten Liberalen vier Sitze. Die zwei von der Sozialdemokratie eroberten Mandate gingen den Liberalen verloren. So weit sich bei dem indirekten Wahlsystem bis-

her übersehen läßt, hat die Sozialdemokratie starken Stimmzuwachs aufzuweisen.

Die Landtagswahlen in Koburg.

Durch die im Herzogtum Koburg vorgenommenen Wahlmännerwahlen ist die Wahl von drei Fortschrittlern, zwei Nationalliberalen und vier Reichsparteilern gesichert. In zwei Wahlkreisen, in denen einem ein Sozialdemokrat mit in Frage kommt, ist das Ergebnis der Abgeordnetenwahl noch nicht vorauszu sehen. Bisher bestand der Landtag aus fünf Reichsparteilern, drei Nationalliberalen, zwei Fortschrittlern und einem Sozialdemokraten.

Unlich beschleunigtes Wahlrecht.

Das Großherzogt. Badische Statistische Landesamt hat soeben ein Sonderheft mit den Ergebnissen der letzten Reichstagswahl herausgegeben. Der Leiter des Statistischen Landesamts hat in der Einleitung zu der Wahlstatistik auch Berechnungen aufgestellt über die Vertretung Badens im Reichstage, wenn statt des geltenden ein Proportionalwahlrecht zur Anwendung gekommen wäre. Er hebt in Verfolg dieser Berechnung hervor, daß der konservativ-kerikale Block 5, die Nationalliberalen 5, die Sozialdemokraten 4 Mandate zu fordern gehabt hätten. In Wirklichkeit hat die Sozialdemokratie nur ein Mandat erlangt, die Liberalen 6 und der rechtsstehende Block 7.

Hoffentlich hilft nun die badische Regierung, unter deren Verantwortlichkeit das Statistische Landesamt arbeitet, dafür sorgen, daß das hier festgestellte Unrecht so bald als möglich durch Einführung der Proportionalwahl aus der Welt geschafft wird.

Freiführung des Reichstags?

Die deutsch-französische Kongo-Kommission, die die Grenzen unserer neuen Erwerbungen am Kongo festlegen soll, tritt nach amtlicher Meldung am 15. Juni in Bern zusammen. Bei der Beratung des Kongo-Abkommens im Reichstag betonen sowohl der Reichskanzler, als auch Staatssekretär v. Rüdern-Wächter mit besonderem Nachdruck, daß der Wert dieses Abkommens insbesondere auch darin liege, daß wir endlich einen Zugang zum Kongo haben. Demgegenüber muß es Aufsehen erregen, daß der frühere nationalliberale Reichstagsabgeordnete Dr. Arning auf der Tagung der deutschen Kolonialgesellschaft in Hamburg ausgeführt hat:

„Durch den Kongovertrag werden wir nicht in höherem Maße wie bisher an das Kongogebiet angegliedert sein. Wir hatten auch schon früher Zugang zum Kongo durch den Sangha. Die dem Ubanghi-Fluß vorgelagerten Inseln bleiben französisch. Das hat man mir auf meine Anfragen nach langem Zögern seitens der Regierung zugeben müssen und zwar erst, nachdem ich erklärt hatte, daß ich sonst zu Protokoll geben werde, daß man mir die Auskunft verweigert habe. Ich bemerke, daß das Reichskolonialamt hierbei ausfällt. Man hat es nicht zugezogen, sonst wäre die Sache anders geworden.“

Trifft das zu, dann ist der Reichstag in der Tat irreführt worden und es muß verlangt werden, daß die Regierung schleunigst Aufklärung gibt.

Säpreußische Beamten-Maßregelung.

In dem ostpreussischen Städtchen Ragnit ist der Katasterkontrollor Hübner plötzlich „im Interesse des Dienstes“ als Katastersekretär an die Regierung zu Köslin versetzt worden. Natürlich gegen seinen Wunsch. Sein Amt ist von den technischen Vorgesetzten als eines der bestbezahlten im Bezirk noch kürzlich erklärt worden. Also amtliche Gründe lagen nicht vor. Aber nach dem Rücktritt des Seminarrektors Kurowski, der dazu von seiner Behörde gezwungen wurde, übernahm Hübner den Posten des Nationalliberalen Vereins Ragnit. Das ist sein Verdienst. Auch gegenüber Einwirkungen hoher politischer Beamter blieb er fest. Das konnte man nicht verzeihen. Also mußte er um jeden Preis fortgebracht werden.

Auch diese Maßregelung wird die Nationalliberalen im preussischen Junkerparlament nicht hindern, den Konservativen weiterhin Schleppenträgerdienste zu verrichten.

Vereitelte Wahlrechtsänderung in Neuz.

Die Regierungsvorlage, nach der eine Stellvertretung für den Fürsten zu Köstritz im Landtage geschaffen werden soll, gelangte Mittwoch nochmals zu namentlicher Abstimmung. Die Sozialdemokraten waren nicht in der Sitzung erschienen, jedoch das Haus beschlußfähig war. Nach einer Geschäftsordnungsdebatte, in der einige bürgerliche Redner die Regierung scharfzureden versuchten, wurde der Landtag vertagt. Staatsminister v. Hinüber gab bekannt, daß er den Köstritzer Fürsten schon für die nächste Session einladen würde, obwohl er nach der Verfassung noch nicht berechtigt ist, im Landtage zu erscheinen.

Der reichsländische Kammerpräsident als Bericht-erstatte des „Matin“.

Die ersten Nachrichten über die Straßburger Scharbenrede kamen bekanntlich aus Paris. Der „Matin“ brachte die Rede in ziemlich scharfer Form, und diese Meldung des „Matin“ beängstigte sich denn auch in der Hauptsache. Bald laut, bald leise wurde der Präsident der Zweiten elsäss-lothringischen Kammer, Dr. Ricklin, beschuldigt, dem „Matin“ über die Kaiserrede berichtet zu haben.

Jetzt hat der Sohn des reichsländischen Staatssekretärs For von Sula in einem bayrischen Industriellen mitgeteilt, daß die Beschuldigung Ricklins ihre volle Richtigkeit habe; die „Augsburger Abendzeitung“ berichtet darüber:

„Der junge For v. Sula war Teilnehmer des Kaiserbanketts. Nachdem die Tafel aufgehoben, ließ der Kaiser den Oberbürgermeister von Straßburg zu sich in eine Küche des Bankettsaalcs rufen und verweilte dort längere Zeit mit ihm in angenehmer und lebhaft geführter Unterhaltung. Der Inhalt des Gesprächs ist an diesem Abend nicht bekannt geworden. Die erste Kunde davon erhielt die Familie des Staatssekretärs am nächsten Morgen beim Feiern des Despatches des „Matin“. Man trat seinen Augen nicht. Eine richtige Vermutung folgend, interpellierte der Staatssekretär sofort telephonisch den Oberbürgermeister. Dieser bestritt die Richtigkeit

der aufsehenerregenden Nachricht und gab zu, die Drohung des Kaisers keiner Menschenseele anvertraut zu haben, außer seinem Freunde Ricklin. Der Präsident eines deutschen Parlaments hat die Neuigkeit alsbald durch Telephon dem „Matin“ mitgeteilt.“

Von der Essener Polizei.

Die Enthüllungen über die Essener Polizeikorruption jagen sich. Soeben wird eine neue Geschichte bekannt, die die Essener Polizeizustände prächtig illustriert. Als man feinerzeit im Bureau des Transportarbeiterverbandes jene Hausdurchsuchung abhielt, die zur Beschlagnahme der Mitgliederlisten führte, gab die Polizei vor, die Hausdurchsuchung erfolge auf Veranlassung der Duisburger Gerichtsbehörden und habe den Zweck, nach den Urhebern einer angeblich beleidigenden illustrierten Postkarte zu suchen.

Nunmehr hat der Verteidiger ermittelt, daß von den Duisburger Gerichtsbehörden eine Beschlagnahme beim Transportarbeiterverband nicht verfügt worden ist. Vielmehr haben die Beamten der Essener politischen Polizei beim dortigen Amtsgericht die Beschlagnahme aller Geschäftsbücher beim Transportarbeiterverband beantragt und durchgeführt, ohne daß sie Auftrag oder Ermächtigung von den Duisburger Behörden hatten. Angeordnet war nur eine Beschlagnahme von Geschäftsbüchern der Essener „Arbeiterzeitung“. Aus alledem ist klar ersichtlich, daß die Beamten der politischen Polizei es garnicht auf die Ermittlung des Urhebers der Postkarte, sondern auf die Erlangung von Mitgliederlisten abgesehen hatten, und die Berechtigung zur Vornahme einer Hausdurchsuchung unter falschem Vorwand erschießen war. Tatsächlich ist dann von der politischen Polizei mit dem so erlangten Material der von vornherein beabsichtigte schwere Amtsmissbrauch getrieben worden.

Die Laten der Essener politischen Polizei werden übrigens noch jahrelang die Öffentlichkeit beschäftigen. Zurzeit schwebt ein Rattenkönig von Beschwerden bei Verwaltungs- und Gerichtsbehörden, Strafanzeigen und Schadensersatzklagen usw., wozu ein Ende noch garnicht abzusehen ist und schwerwiegende Enthüllungen über das Zusammenarbeiten von Polizei und Großkapital noch zu erwarten sind.

Der Anti-Modernisteneid vor dem bayrischen Landtage.

In zwei Sitzungen des Abgeordnetenhauses wurde die Generaldebatte zum Kultusetat durch einen Schlußantrag des Zentrums beendet. In den Vordergrund der Debatte stellten die Liberalen den Anti-Modernisteneid. Die Wirkung der Ableistung des Eides mißte, so führte Professor Sittler aus, die Loslösung der theologischen Fakultät von der Universität zur Folge haben. Dem widersprach der neue Kultusminister, der den Modernisteneid entschieden verteidigte. Ein anderer liberaler Redner nannte den Minister deshalb einen Handlanger des Zentrums. — Von sozialdemokratischer Seite sprach Genosse Hoffmann über die zunehmende Klerikalisierung des gesamten Bildungs- und Erziehungswesens in Bayern. Er entwickelte das sozialistische Schulprogramm und erklärte dem Minister das Maximum des Mißtrauens. — Genosse Bollmar zog aus den theologischen Debatten, die garnicht in die Parlamente gehörten, die Folgerung, daß nur die Trennung des Staates von der Kirche die verworrenen Verhältnisse klären könne. Die theologische Fakultät gehörte ihrer Natur nach überhaupt nicht zu den Universitäten. Als Bollmar den neuesten Streich des Zentrums erörterte, die Absicht der Mehrheit nämlich, die Forderung für den Neubau einer Frauenklinik in München erst dann zu bewilligen, wenn die Stadt München gewisse Wünsche für eine Münchener Klosterschule bewilligt hätte, und als Bollmar in diesem Zusammenhang von der Erpressertaktik des Zentrums sprach, die die Beseitigung lebensgefährlicher Zustände, die in der Frauenklinik herrschen, von Vorteilen für private konfessionelle Interessen abhängig macht, wurde er zur Ordnung gerufen, und als er diese Charakteristik aufrecht erhielt, bekam er einen zweiten Ordnungsruf. Zwischendurch liefen Debatten über den Begriff und die Grenze der Lehrfreiheit. Liberale und Sozialdemokraten verlangten bedingungslose Lehrfreiheit, die das Zentrum und der Zentrumsmiister nicht anerkannten. Ein Zentrumstribuner sprach es unter großem Lärm der Linken geradezu aus: nur dem Staate dürfe man die Erziehung anvertrauen, der sich der Kirche unterordnet.

Belgien.

Die Wahlergebnisse. Nach dem offiziellen Ergebnis der Kammerwahlen sind gewählt 101 Katholiken, 41 Liberale, 39 Sozialdemokraten und 2 christliche Demokraten. Die Katholiken verlieren einen Sitz und gewinnen 16, die Liberalen gewinnen 5 Sitze und verlieren 5, die Sozialdemokraten gewinnen vier Sitze und verlieren einen. Die Kammeritze sind von 166 auf 186 erhöht worden. Aus dieser Vermehrung erklärt sich die hohe Ziffer der Gewinne. — Nach dem amtlichen Ergebnis der Senatswahlen wurden bisher 54 Katholiken, 26 Liberale und 13 Sozialisten gewählt. 27 Senatoren sind noch durch die Provinzialstände zu wählen.

Die Auslandsbewegung hat im ganzen Lande an Ausdehnung zugenommen. — Der Generalrat der sozialistischen Partei, der gestern vormittag tagte, hat beschlossen, einen Appell an die Bevölkerung zu richten und sie zur Ruhe zu ermahnen. Zum 30. Juni ist ein Kongreß einberufen, der die Richtlinien für das fernere Verhalten der Partei aufstellt.

Rußland.

Des Blutzaren persönliches Regiment. Zar Nikolaus II hat es gerne, seinen „getreuen Untertanen“ von Zeit zu Zeit recht deutliche Lektionen über die wahre Natur der russischen Scharverfassung zu erteilen. Zwar gelangt es auch den ministeriellen Handlangern des Zaren mit ihrer Unterdrückungs- und Ausplünderungspolitik nicht, den wahren Kern dieses barbarischsten und schändlichsten aller Regierungssysteme zu verlernen, doch bleibt es dem Zaren vorbehalten, durch seine „höchsteigenen“ Aktionen das Bild der russischen Scharverfassung zu vollenden und jeden Zweifel an ihren wahren Charakter zu

beheben. Heute ist es die Begnadigung der eckstrassischen Mordbrenner und Pogromisten, der besonderen Schlingel des Zaren, morgen — die Begnadigung eines Polizeioffiziers, der zwei alte jiddische Kaufleute meuchlings niedergehauen hat, übermorgen die Begnadigung oder die Begnadigung irgendeines eckstrassischen Halunken und Verbrechers. Immer und überall bleibt sich der blutbedeckte Sproßling der Holslein-Romanows, der Freund Rasputins und Dubrowins treu und verschmäht es nicht, dem russischen Volke wie der gesamten Kulturwelt die frechsten Herausforderungen und Schmähungen ins Gesicht zu schleudern. Neuerdings lenkt eine besondere Aktion des Zaren die Aufmerksamkeit auf diese Vorgänge. Der Zar hat dem Führer der schwarzen Hundert, Purischkewitsch, einem der verächtlichsten und schmutzigsten Subjekte aus dem Lager der Reaktion, dessen Name nicht nur in Rußland als Symbol alles Volksfeindlichen, Gehässigen, Verbrecherischen angesehen wird, als Zeichen seiner besonderen Gnade sein Bild im Rahmen nebst „eigenhändiger“ Unterschrift verliehen. Purischkewitsch selbst setzt die Mitwelt von diesem Ereignis in Kenntnis, und die offiziöse Petersburger Telegraphenagentur beist sich, den Wortlaut dieses Telegramms zu verbreiten. Auf dem gegenwärtig tagenden Kongreß der eckstrassischen Leute hat diese Auszeichnung eines ihrer Führer stürmischen Beifall ausgelöst, ein Effekt, den der Zar wohl mit ins Auge gefaßt hatte.

Finnland.

Die Schiffahrtsmiffere. Unser finnischer Mitarbeiter schreibt uns: Seit der Russifizierung der finnischen Kostenverwaltung liegt die Schiffahrt in den finnischen Gewässern ganz darnieder. Da es an Lotsen mangelt und das Fahrwasser nicht abgesteckt ist, sind viele Schiffe aufgelaufen. Andere, die keine Lotsen erhielten, haben den Rückweg angetreten, weil sie die Schiffe und die Labungen nicht diesen Gefahren aussetzen konnten. Vielfach werden Fälle bekannt, wo Kapitäne und Reeder andere warnen, Labungen nach Finnland aufzunehmen. Die Proteste und Schadenersatzansprüche der Schiffsführer mehren sich täglich. In Helsingfors wird beraten, ob nicht die Kommune eigene Institutionen für Lotsen errichten soll, um dem Schaden zu entgegen, der durch diese heillosen Zustände entstehen muß. — Soweit die Mitteilung unseres Korrespondenten. Wie uns von anderer Seite mitgeteilt wird, trägt namentlich der deutsche Handel und die deutsche Schiffahrt den Schaden an dem gemeingefährlichen Treiben der russischen Regierung in Finnland. Statt aber dagegen zu protestieren, ballen die deutschen Kapitalisten die Hand in der Tasche und ducken sich vor den Russifizierungsmaßnahmen der Zarenregierung ebenso, wie die deutschen Behörden es gegenüber den fortwährenden Grenzübergreifen der russischen Grenzsoldaten und Beamten tun.

Türkei.

Vom Krieg. Da die Pforte einen Landungsversuch der Italiener in Smyrna südlich Scalanova befürchtet, erfolgen gegenwärtig größere Truppenkonzentrationen in der Gegend von Smyrna. Die ganze zweite Division ist von Konstantinopel nach Smyrna geschickt worden. Die drei dort zusammengezogenen Divisionen bilden ein Armeekorps, dessen Kommando der frühere Marineminister Mahmud Nuchtar übernimmt. Es verlautet noch, daß auch die Redif-Division aus Amasia den Mobilisierungsbefehl erhält.

England.

Der Transportarbeiterstreik vor dem Unterhaus. Im Unterhaus machte gestern in Beantwortung einiger Anfragen Minister Lloyd George längere Mitteilungen über den Streik. Er erklärte, daß, obwohl noch viele schwierige Fragen offen blieben, eine Verklärung des Streiks doch nicht wahrrscheinlich sei. Die Bedingung für die Wiederaufnahme der Arbeit, daß nur organisierte Arbeiter eingestellt werden dürfen, werde anscheinend von den Leuten selbst nicht aufrecht erhalten. Bei einiger Mäßigung auf beiden Seiten müßten nur geringe Schwierigkeiten bestehen, um einen Weg für eine Beilegung im guten zu finden. Man müsse jedoch bestrebt sein, dauernde Ruhe im Hafen herzustellen, und das letzte Ziel müsse die Bildung einer aus Vertretern der Arbeitgeber und Arbeiter bestehenden Kommission sein, die das Recht besitzen müsse, alle strittigen Fragen zu erledigen.

Marokko.

Die Wirren. Die Hayaina, die mit den Djeballa gegen Fez marschierten, haben sich nach den Bedingungen erkundigt, unter denen sie Pardon erhalten könnten. — Nach einer Meldung der Action aus Algier hat der Rundscharfbedienst des Obersten Girardot in Gercif am linken Muluja-Ufer die Nachricht erhalten, daß die Rifleute etwa zwanzig Kilometer von Taurirt einen spanischen Posten überumpelt, teilweise niedergemacht und teilweise gefangen genommen haben. 12 Offiziere und 80 Mann sollen getötet worden sein oder vermißt werden.

Vereinigte Staaten.

Die amerikanischen Truppen in Kuba. Eine Meldung aus Havana besagt, daß amerikanische Marinesoldaten in Kuba gelandet sind. Sie traten den Vormarsch auf Guantanamo an. Es sind 450 Mann, die von dem Obersten Lucas geführt werden. Zweck der Landung ist der „Schutz des amerikanischen Besitztums“ und nicht eine Intervention. Sollte das vielleicht der Anfang vom Ende Kubas sein?

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, den 6. Juni.

Der Bürgerausschuß stimmte in seiner gestrigen Sitzung gutachtlich für die Bewilligung von 19 630 Mark für die Ausführung von weiteren Arbeiten beim Neubau der Heilanstalt Strednitz. Für die innere Ausstattung der gleichen Heilanstalt wurden noch 3950 Mark bewilligt. Die Ausführung des Radfahrweges in der Brandenbaumer Chaussee, die ursprünglich bis zum Wege nach den Schießständen geplant war und einen Kostenaufwand von 9200 Mk. erfordern sollte, ist nunmehr nur bis zu der Stelle beabsichtigt, an der

Nach an der Nordseite der Brandenburger Chaussee die neue Zuwegung zu den Schießständen von der Landstraße abzweigt. Diesem Projekt, durch welches 7650 Mark erspart werden, stimmte der Bürgerausschuß gutachtlich zu. Mitgehmigt wurde die unentgeltliche Abtretung eines 11 Quadratmeter großen Areals an der Moisklinger Allee an den Fuhrwerksbesitzer Sterly, die Aufstellung eines größeren Motors für die Wasserversorgung, auf dem Vorwerker Friedhof (Kosten 2500 Mark), und die Verlagerung der Dampferanlagegebäude in Schlutup (800 Mark). Gutachtlich befürwortet wurde der Senatsantrag betreffend Gewährung einer Pension von jährlich 3000 Mk. an den verwaltenden Oberarzt des Allgemeinen Krankenhauses Dr. Hoffstätter, der im Hinblick auf die Organisation der erweiterten Anstalt von seinem Amte zurückzutreten gedenkt; auf Antrag v. Schack wurde aber anstatt 3000 Mk. die Summe von 3600 Mk. gesetzt. Der Antrag des Senates, dem Maschinenisten Stübe, der 35 Jahre lang ununterbrochen bei der Baudeputation tätig war, bis an sein Lebensende eine Rente von 1300 Mk. zu bewilligen, wurde zur Mitgenehmigung der Bürgerschaft empfohlen, ebenso die beantragte Rücklegung des dritten Bandes des Inventars der Lübeckischen Bau- und Kunstdenkmäler, für die 9700 Mk. zu bewilligen sind, und ferner ein Senatsantrag, der verlangt, daß der Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindeforderungen zur Beschaffung von zwei großen Motorwagen a 16 000 Mk. = 32 000 Mk., 10 Motorwagen a 12 200 Mk. = 122 000 Mk., sowie zum Umbau von 10 alten Motorwagen in Anhängewagen = 10 000 Mk., die Summe von insgesamt 164 000 Mk., soweit erforderlich und Rechnungsabläge vorbehalten, aus Anleiheemitteln zur Verfügung gestellt werde. An eine dreigliedrige Kommission verwiesen wurde folgender Antrag von Legtmeyer: Der Bürgerausschuß ersucht den Senat, den Bau der neuen Brücke über die Trave bei Moiskling zur Ausführung zu bringen und nicht die geplante Reparatur vornehmen zu wollen.

Erhöhung des Kostgeldtarifs des Allgemeinen Krankenhauses und Renovation der Aufstellungsverhältnisse der Oberärzte. Mittels Dekretes vom 22. Mai 1912 stellt der Senat zur gutachtlichen Äußerung des Bürgerausschusses die Anträge: 1. daß ein erhöhter Kostgeldtarif an Stelle des jetzt gültigen im Krankenhaus zur Anwendung komme; 2. daß ein Oberarzt der inneren Abteilung als verwaltender Direktor des Krankenhauses mit einem pensionsfähigen Gehalt nach Klasse A IXX des Beamtenbesoldungsstatuts vom 18. Februar 1911 im Hauptamt festangestellt werde; 3. daß ein Oberarzt der chirurgischen Abteilung mit einem nichtpensionsfähigen Gehalt von 6000 Mark im Hauptamt mit gegenseitiger sechsmonatiger Kündigung zum 1. Januar und 1. Juli eines jeden Jahres angestellt werde; 4. daß beiden Oberärzten für Operationen und außerordentliche Hilfeleistungen das Recht der Honorarberechnung bei den Kranken der 1. und 2. Klasse nach näherer Maßgabe des anliegenden Kostgeldtarifs gewährt werde; 5. daß den beiden Oberärzten außer ihrer Tätigkeit im Krankenhaus nur eine konsultative Praxis gestattet sein soll. von Schack beantragte, die Vorlage zur Vorprüfung an eine Kommission zu verweisen. Der Bürgerausschuß nahm diesen Antrag an und beschloß, in die Kommission fünf Mitglieder zu berufen.

Ausbau der verlängerten Brodesstraße. Die durch den Rat- und Bürgerausschuß vom 28. März 1912 genehmigte Erweiterung des Schlachthofes und die beabsichtigte Errichtung eines Kühlhauses in Verbindung mit dem Schlachthof haben die Aufhebung der Schlachthofstraße erforderlich gemacht. Es ist in Aussicht genommen, als Ersatz für die aufgehobene Straße eine neue Verbindung zwischen der Schwarztauer Allee und der Katharinenstraße in der Verlängerung der Brodesstraße herzustellen. Die Bürgerschaft hat in diesem Anlaß in ihrer Versammlung am 28. März d. J. an den Senat das Ersuchen gerichtet, bei Ausarbeitung der Vorlage für die Verlängerung der Brodesstraße gleichzeitig in Erwägung darüber einzutreten: „ob nicht durch eine weitere Verlängerung der Straße über die Gleise der Gültin-Lübecker und der Lübeck-Travemünder Bahn und durch Verbindung mit der zu erweiternden Klappbrücke eine Zuwegung der nördlichen St.-Lorenz-Vorstadt mit dem Hafen geschaffen werden könnte.“ Der Senat hat die Baudeputation beauftragt, ihm wegen der Herstellung der neuen Verbindungsstraße eine Vorlage zu machen, und sich dabei zugleich über das Ersuchen der Bürgerschaft zu äußern. Der Senat beabsichtigt nun, zur Mitgenehmigung der Bürgerschaft zu stellen: daß der Baudeputation zum Ausbau einer Verbindungsstraße zwischen der Schwarztauer Allee und der Katharinenstraße im Zuge der Brodesstraße nach dem Plan und Kostenanschlag des Bauinspektors Baurats Studemund vom 6. April 1912 der Betrag von 16 700 Mark zur Verfügung gestellt werde. Was das Ersuchen der Bürgerschaft anlangt, daß die Brodesstraße bis zur Klappbrücke verlängert und unter Erweiterung der letzteren eine Verbindung zwischen der Vorstadt St. Lorenz und dem Hafen hergestellt werde, so ist der Senat der Überzeugung, daß ihm die Verwirklichung verlagert bleiben muß. Soll die Verbindung nur dem Fußgängerverkehr dienen, so steht ihrer Herstellung der Umstand entgegen, daß die anzuwendenden Kosten zu der Verkehrsverbesserung, die sie herbeiführen würde, in keinem Verhältnis stehen. Sie aber auch dem Fuhrwerksverkehr dienstbar zu machen, würde, von der Höhe der dann anzuwendenden Kosten abgesehen — sie sind von der Baudeputation auf 150 000 Mark berechnet — im Hinblick auf die ungünstigen Steigungsverhältnisse, welche die Straße bei dem großen Höhenunterschied zwischen der Lage der Katharinenstraße und der Klappbrücke und bei der Kürze der Entfernung zwischen beiden erhalten würde, sowie in Berücksichtigung der dadurch bedingten Erschwerungen des Bahnverkehrs und des Schiffsverkehrs nicht anzuraten sein. Der Senat sieht sich daher nicht in der Lage, dem Ersuchen der Bürgerschaft zu entsprechen. Rud. Kähler beantragte gestern im Bürgerausschuß: Der Bürgerausschuß wolle die Frage, ob es sich nicht empfiehlt, daß die Brodesstraße bis zur Klappbrücke verlängert und unter Erweiterung der letzteren eine Verbindung zwischen der Vorstadt St. Lorenz und dem Hafen hergestellt werde, einer Kommission zur Prüfung überweisen. Der Bürgerausschuß erklärte sich gutachtlich für die Mitgenehmigung des Senatsantrages durch die Bürgerschaft und beschloß, dem Antrage Kähler entsprechend, die Frage, ob es sich nicht empfiehlt, daß die Brodesstraße bis zur Klappbrücke verlängert und unter Erweiterung der letzteren eine Verbindung zwischen der Vorstadt St. Lorenz und dem Hafen hergestellt werde, einer Kommission von fünf Mitgliedern zur Prüfung zu überweisen.

Noch mehr Geld für den städtischen Saalbau. Ein ebenso unglückseliges Unternehmen wie die Stadthalle ist der städtische Saalbau. Der Unterschied liegt nur darin, daß bei der Stadthalle Privatleute ihr Geld verlieren, während beim städtischen Saalbau die Steuerzahler die Leidtragenden sind. Gestern stimmte der Bürgerausschuß einem Senatsantrage zu, der verlangt, daß der Theaterbehörde zur weiteren Ausstattung des Saalbaues des Stadttheaters nach dem Kostenanschlag des Baudirektors Walger vom 1. Mai 1912 ein Betrag von 5280 Mk. bewilligt werde. Wir glauben nicht daran, daß dadurch die Akustik besser und die Be-

nutzung des Saalbaus durch diesen, für die er errichtet wurde, gehoben wird.

„Der zweite Mann“, ein dreitägiges Lustspiel von Sylvano und Froger, geht heute abend als Vorstellung für den Arbeiterverein im Gewerkschaftshaus in Szene. Die mitwirkenden Künstler sind erste Kräfte des Deutschen Schauspielhauses in Hamburg, einer der bedeutendsten deutschen Bühnen. Niemand sollte sich diesen Genuss entgehen lassen. Karten sind noch abends im Gewerkschaftshaus zu haben.

Saatenstand im Lübeckischen Staate Anfang des Monats Juni 1912. Nach den Meldungen der ehrenamtlichen Berichterstatter der 16 Saatenstandsbezirke hat das Statistische Amt für Anfang Juni folgende Saatenstandsnoten berechnet: Nr. 2 bedeutet gut, Nr. 3 mittel, Nr. 4 gering) für Winterweizen Nr. 3,5 (Anfang Mai 1912: Nr. 3,8), Sommer-Weizen Nr. 2,9, Winter-Roggen Nr. 2,6 (2,7), Sommerroggen Nr. 3,0, Sommergerste Nr. 2,6, Hafer Nr. 2,4, Kartoffeln Nr. 2,5, Klee Nr. 4,1 (4,0), Bewässerungswiesen 2,6 (2,4), andere Wiesen Nr. 3,1 (2,8). Die im Mai herrschende kalte Bitterung hat die Entwicklung aller Saaten ungünstig beeinflusst. Durch den rechtzeitig eingetretenen ergiebigen Regen hat die Sommerung ein gutes Aussehen erhalten; zur Förderung der Entwicklung, vor allem des Klees und der Wiesen, ist jedoch wärmeres Wetter nötig. Kartoffeln sind stellenweise noch nicht aufgelaufen.

Das Wrightsturmflugzeug ist gestern abend per Bahn von Berlin angekommen und heute früh nach dem Landungsplatz an der Israelsdorfer Allee geschafft worden, wofür selbst die Aufmontierung sofort erfolgte, jedoch heute nachmittag die Schauläge vor sich gehen können. — über das Wrightsturmflugzeug schreiben Berliner Zeitungen: Das Flugzeug hat auf der Nationalen Flugwoche und hauptsächlich während der stürmischen Wintertage einen glänzenden Sieg errungen. Das schlechte Wetter, welches während der weitaus größten Zeit der Veranstaltung herrschte, gab ihm Gelegenheit, sich wieder und immer wieder als bewährtestes „Sturmflugzeug“ zu zeigen und während man überall ein wenig freundlicheres Maienwetter ersuchte, flegte die Wright-Mannschaft den Himmel um Sturm an. Dem Flugzeug war es beschieden, unter 36 gemeldeten Fliegern als vollendetste Maschine die erste Stelle zu behaupten. Nicht genug mit dieser Überraschung! Auch den deutschen Höhenreform mit Flugtag, lange Zeit unangefochten, riß der fühne Wright-Flieger Abramowitch bei sinkender Sonne des letzten Tages der Berliner Veranstaltung an sich. Dieser in seinen großartigen Leistungen einzigdastehender Flieger, der Chefpilot der Wrightgesellschaft, wird sich nun auf Veranlassung des Ortsausschusses für den Nordflug am heutigen Donnerstag Spätnachmittag dem Lübecker Publikum vorstellen und zeigen, wie weit die Flugkunst bis zur Stunde gediehen ist und es darf wohl mit Bestimmtheit erwartet werden, daß sich Zehntausende nach dem bequem durch die Straßenbahn zu erreichenden Landungsplatz an der Israelsdorfer Allee begeben werden, die den Besuch sicherlich auch nicht zu bereuen haben werden. — Damen oder Herren, welche einen Flug mitmachen wollen, werden gebeten, sich bei Herrn Möller, Israelsdorfer Allee 13 a, zu melden.

Sänglingsfürsorgestellen. Wie vom Medizinalamt bekannt gegeben wird, werden die Beratungsstunden in den beiden Sänglingsfürsorgestellen (Mittwochs im Kinderhospital, Freitags in der Schwartauer Allee 44 a) von Mitte Juni ab nicht mehr von 1 bis 2½ Uhr, sondern von 2 bis 3½ Uhr stattfinden. Es entspricht dies zugleich dem Wunsch mancher Pflegermütter, die in den frühen Mittagsstunden schwerlicher abkommen können.

Die Leitung des Waisenhauses ersucht uns mitzuteilen, daß die anlässlich des Waisenkindertages von den Kindern gesammelten Gaben ausschließlich diesen zugute kommen. (Siehe Inserat.)

Konkursöffnung. über das Vermögen der Frau C. Käß geb. Cohn in Lübeck, Marlesgrube 38, ist am 5. Juni 1912, vormittags 11½ Uhr, das Konkursverfahren eröffnet worden. Der Bücherrevisor Hr. Schmidt in Lübeck, Kleine Burgstraße 9, wurde zum Konkursverwalter ernannt.

Junimeteore. Der Monat Juni weist eine ziemlich große Zahl von Meteorschwärmen auf, sieht aber hinsichtlich ihrer Bedeutung sogar hinter den übrigen Monaten des ersten Halbjahrs zurück, das als Ganzes wiederum von dem zweiten Halbjahr im Durchschnitt weit übertroffen wird. In der ersten Juniwöche braucht man überhaupt kaum nach Sternschnuppen auszufahnen, da das erste Maximum ihres Auftretens erst zwischen dem 7. und 8. Juni erfolgt. Dann folgt ein zweites am 11. Juni, ein drittes am 15. Juni. All diese Schwärme aber sind nicht dicht genug, um ein außergewöhnliches Schauspiel erwarten zu lassen. Man teilt jetzt, nachdem die Erforschung der Meteorischwärme, die früher sehr vernachlässigt gewesen ist, eine größere Vollkommenheit erreicht hat, auch diese Himmelskörper oder vielmehr Gruppen solcher in Größenklassen ein, ähnlich denen, durch die man die Helligkeit der Fixsterne unterscheidet. So wird beispielsweise ein Meteorischwarm, der schon am 3. und 4. Juni die Erdatmosphäre schneidet, der 24. Größenklasse zugeteilt, ein Merkmal seiner außerordentlich geringfügigen Bedeutung. Der bereits erwähnte Schwarm vom 7. Juni wird immerhin als von 3. Größe bezeichnet. Der kräftigste Schwarm dieses Monats überhaupt ist der vom 15. Juni, der noch zwei weitere Maxima am 17. Juni erfährt, nämlich von etwa 2. Größenklasse. Was sonst noch vorkommt, ist kaum nennenswert, und man wird überhaupt bis zum Juli und August warten müssen, ehe man mit besserem Erfolg nach Sternschnuppen ausfahren kann. Abgesehen hat der deutsche Astronom Kuno Hoffmeister in den „Astronomischen Nachrichten“ eine neue Untersuchung über den vermuteten Zusammenhang des im Mai auftretenden Meteorischwarmes aus dem Sternbilde des Wassermanns (Aquariden) und dem in der Auflösung begriffenen Halleyschen Kometen angestellt. Er hat die Beobachtungen der letzten Jahre sorgfältig geprüft und mit denen des Kometen verglichen und der Schluss lautet dahin, daß an einer engen Beziehung zwischen den Meteoriten und diesem Kometen kaum noch ein Zweifel bestehen kann.

Doppel-Badanstalt Falkenwiese. Die Temperatur betrug am 5. Juni, morgens 6 Uhr: Wasser 15½, Luft 14; morgens 10 Uhr: Wasser 15½, Luft 18; mittags 12 Uhr: Wasser 16½, Luft 19; abends 6 Uhr: Wasser 17, Luft 19 Grad Celsius.

pb. Einbruchsdiebstahl. In Travemünde sind mittels Einbruchs in der Nacht vom 2. zum 3. ds. Mts. folgende Sachen gestohlen: 1 silberner Füllöffel mit einem Stempel der Firma Schwarztopf, 8 Oberhemden, 3 Stück gez. „R“, 1 Stück gez. „S R“, 1 Stück gez. „G W“ und 1 Stück „20 II“, 7 Lagenhemden, 4 Stück gez. „W G“, 2 Stück gez. „S R“ und 1 Stück gez. „F S“, 8 Nachthemden mit rotem Kreuz als Wäschezeichen, 1 Kinder-Nachthemd, 30 Schachteln Zigaretten, Marken „Pera“ und „Wogdanoff“, 1 Zigarettenöffner, vernickelt mit schwarzem Griff (Weißform), 1 Opernglas schwarz.

Die Tierchau des Zirkus Sarrafani ist durch eine prächtige Gruppe von sibirischen Tigern um eine Sehenswürdigkeit bereichert worden. Es ist zum ersten Male, daß

eine ganze Gruppe der überaus fetten und kostbaren sibirischen Rasse nach Europa kommt, diese Tiger repräsentieren allein einen Wert von 60 000 Mark. Es ist dies auch der erste Versuch, diese größten und wildesten aller Tiger zu zähmen und zu dressieren. Die neuangekommenen Löwen sind kräftig entwickelte abessinische Tiere, die durch den spitzen Kopf und die gewaltige Bauchmähne ausgezeichnet sind. Das Ende des Sarrafani-Gastspiels steht übrigens unüberwunden für den Sonntag bevor. In diesem Tage wird am Vormittag von 11—12 Uhr Tierchau, am Nachmittag und am Abend Galavorstellungen mit völlig ungetrübtem Programm stattfinden. Am Freitag findet ein Galaabend, am Sonnabend zwei Vorstellungen statt. Nach wie vor bucht Sarrafani ausverkaufte Häuser.

Sauja-Theater. Man schreibt uns: Der Besuch wird trotz des schönen Wetters und trotz Zirkus von Tag zu Tag besser. Die Zeitungen loben einstimmig die glänzende Vorstellung. Den größten Erfolg hat die entzückende Brettdiva Gretel Mayhof und die Operette „Ramenit“. Donnerstags ist die Erstaufführung eines interessanten, pikanten aber doch dezenten Singpiels: „Die konfiszierte Venus.“

Hamburg. Die Meerfahrt des Zeppelin-Luftschiffes. Mittwoch früh gegen 4 Uhr herrschte in der Luftschiffhalle reges Leben. Graf Zeppelin wollte die Fahrt in See wagen, die er am Tage vorher, der schlechten Wetterlage wegen, nicht hatte antreten können. Freilich war auch am Mittwoch der Wind noch sehr stark und böig, aber trotz alledem stieg das Luftschiff um 4 Uhr 36 Minuten auf. In den höheren Luftschichten hatte der Wind eine Stärke von 14 Sekundenmetern; die Fahrt war daher sehr gewagt, denn war der Südostwind dem Luftschiff für die Richtung in See auch günstig, in solcher Stärke würde er die Rückfahrt sehr erschweren. Doch trug man sich mit der Hoffnung auf ein Abflauen des Windes und stolz flog das Luftschiff in nordwestlicher Richtung davon. Kurz nach 5 Uhr wurde es schon über Stade gesichtet. Um 6 Uhr 15 Min. fuhr es über Geestmünde. Von Osten kommend, im Bogen nach Norden zu ablenkend, überflog es die drei Hafentäler und setzte dann in der Richtung nach Wilhelmshaven die Fahrt fort. 6 Uhr 40 Minuten traf es, über den Jadebusen kommend, in Wilhelmshaven ein und überflog den Hafen und die Stadt. Inzwischen hatte der Wind an Stärke erheblich zugenommen. In einer Höhe von 300 Metern machte das Luftschiff in einer großen Schleife kehrt. In der Nähe des Forts Langlütjensand I unternahm es eine Zeitlang Manöver, indem es kreuzend fast bis zum Wasserspiegel niederging und dann wieder höher stieg. Dann flog es auf Bremerhaven zu, wo es 8 Uhr 10 Minuten gesichtet wurde. Hier hatte es schwer mit dem Winde zu kämpfen, der auf 23 bis 24 Sekundenmeter angewachsen war, so daß es dem Luftschiff, das mit 21 Sekundenmetern Geschwindigkeit fuhr, unmöglich war, dagegen anzukämpfen. Wohl hätte es den Flug über die Nordsee wagen können, doch wäre ein Zurückkehren bei dem Winde unmöglich gewesen, und so entschloß Graf Zeppelin sich, nach Hamburg zurückzukehren.

Kurz vor 10 Uhr — um dieselbe Zeit, wo es über Bugtere hude flog — sah man von der Luftschiffhalle, über der schwere graue Wolken hingen, fern am hellen Horizont das Luftschiff daherkommen. Näher und näher kam es, in stolzem Fluge über Hamburg, und kurz nach 10 Uhr traf es schon über dem Flugplatz ein, wo es nach einigen Manövern glatt landen konnte. Das Einbringen in die Halle war bei dem ungünstigen Winde gefahrlos, doch ging es glatt vonstatten, so daß der Luftreise um 10½ Uhr geborgen in der mächtigen Halle vor Anker lag.

II Kiel. Die Konservativen in Schleswig-Holstein. Seit dem Vorjahre bilden die Deutschkonservativen und Freikonservativen in Schleswig-Holstein einen gemeinsamen Verband. Der Konservatismus ist in Schleswig-Holstein arg zurückgedrängt, das letzte Reichstagsmandat, das von Rönne-Oldenburg, hat er schon 1907 verloren. Nur bei den preussischen Landtagswahlen vermag er sich vermöge des elenden Dreiklassenwahlrechts noch zu halten — die Mehrzahl der 19 schleswig-holsteinischen Landtagswahlkreise ist nämlich in freikonservativem Besitz — und auch nur deshalb, weil die nationalliberalen Reichstagswähler konservativer Landtagswähler sind. Am letzten Sonntag hielt der Verband der Deutsch- und Freikonservativen der Provinz in Kiel seine erste Versammlung nach den Reichstagswahlen ab, in der folgende Resolution beschlossen wurde: „Die Versammlung beauftragt den Vorstand, Verhandlungen zur Wahl zum Abgeordnetenhaus dahin zu führen, daß die Parteien, die im entschiedenen Gegensatz zur Sozialdemokratie stehen, sich den gegenwärtigen Verhältnissen nicht freitrag machen.“ Während so die Konservativen schon die Früher austretenden für eine konservativ-nationalliberale Verbindung bei den kommenden Landtagswahlen, tragen sich die Freikonservativen mit den Hoffnungen, daß es für die Landtagswahlen zu einem geschlossenen Vorgehen der Fortschrittler und Nationalliberalen kommt, damit die konservative Mehrheit der Dreiklassenhausabgeordneten wenigstens für Schleswig-Holstein gebrochen wird. Freisinnige Redner und die freisinnige Presse stützen diese ihre Hoffnungen auf das „offene und mannhaft Bekenntnis“ Dr. Schifferers, des nationalliberalen Landtagsabgeordneten für den Wahlkreis Londern, daß trotz der aus der geschichtlichen Entwicklung zu erklärenden Kämpfe der Nationalliberalen und der Freisinnigen in Schleswig-Holstein die gemeinschaftliche Auffassung über die Grundlagen des Staates sie zusammenführen müsse. Die freisinnigen Hoffnungen werden natürlich, wie bisher immer, zusammenbrechen, weil der sich auf das Großbauerntum stützende Nationalliberalismus in Schleswig-Holstein eigentlich gar nicht mehr nationalliberal, sondern tatsächlich freikonservativ ist. Darum ist auch das konservativ-nationalliberale Bündnis das Natürlichere.

Kiel. Ein unerklärlicher Vorgefaller. Wegen bedeutender Unterschlagungen von Mannschaftsgeldern mußte sich der Bootsmannsmaat Kutsch von der 5. Kompanie der 1. Matrosen-Division verantworten. Er war auf dem Kompagniebureau und in seine Hände gelangten die Postfächer für die Mannschaften. Auf den Postanweisungen fälschte er die Unterschriften und das an ihn ausgezahlte Geld verbrauchte er für sich. Es waren Beträge von 3,50 Mk. bis 40 Mk., insgesamt etwa 700 Mk. Außerdem unterschlug er 50 Mk., die von den Rekruten für erhaltene Instruktionbücher eingezahlt worden sind, sowie 15 Mk. für andere Bücher. Das Kriegsgericht verurteilte Kutsch wegen Unterschlagung, Urkundenfälschung und Beiseiteführung von Urkunden in insgesamt 92 Fällen zu 1 Jahr 8 Monaten Gefängnis, Degradation und Verweisung in die zweite Klasse des Soldatenstandes.

Kappeln. Eine Segeljacht verbrannt. Die Hamburger Segeljacht „Räthe“, die mit drei Herren besetzt war, geriet in der Nacht zum Mittwoch gegen 12½ Uhr, etwa sieben Seemeilen südlich von Schleimünde, auf unerklärliche Weise in Brand. Der Motor war nicht in Tätigkeit.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. bezeichneten Artikel: Paul Löwig; für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: L. H. Schönbach. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Waisenhaus.

In Veranlassung des am 19. Juni stattfindenden **Waisenkinderfestes** findet in diesen Tagen die gewohnte **Saundersammlung** durch die Waisenkinder statt. Die unterzeichnete Vorsteherin spricht aufs neue die Bitte aus, der Kinder mitbütig zu gedenken, die denselben zugehenden Gaben aber möglichst ausschließlich in die **Sammelbüchsen** legen zu wollen. Es wird hierbei besonders darauf aufmerksam gemacht, daß das durch diese Sammlung eingehende Geld nicht zur Abhaltung des Festes dient, sondern lediglich den Kindern zugute kommt, für welche es belegt wird, um dieselben später bei ihrer Entlassung zweckmäßig anstricken zu helfen. Die nötige Kontrolle ist aber nur dann möglich, wenn die Gaben nur in die Sammelbüchsen getan und nicht den einzelnen Kindern gegeben werden. Lübeck, Juni 1912. 885
Die Vorsteherin des Waisenhauses.

Allen, die unserer lieben Mutter die letzte Ehre erwiesen und ihren Sarg so reich mit Kränzen schmückten, insbesondere Herrn Pastor Legtmeyer für seine trostreichen Worte am Grabe sagen unsern tiefgefühlten Dank. (888)
Die Verwandten und Bekannten.

F. Spiering und Frau.
Petereilienstraße 6.

4 Malergehilfen
stellt sofort ein (888)
Max Stein, Maler, Gevebeckstr. 5.

Gesucht ein Schulmädchen
für 1/2-1 Stunde nachmittags.
(874) Tüntenhagen 3.

Ein Sportwagen
zu verkaufen. (877)
Loignystraße 13, II.

Ein weißes Kleid 488
für junges Mädchen passend, billig zu verkaufen. Glockengießerstr. 7, I.

6 bis 7 Wochen alte Kerkel zu verk. **M. Präß,** Gehorst. (873)



Die Arbeiter-Garderoben aus dem Spezial-Geschäft von **Lübeck Otto Albers Kohnl.** Markt 4 **10** sind vorteilhaft bekannt durch gute Verarbeitung u. sehr billige Preise. U. a.:
Lederhosen . . . 2.20-6.45
Maurerhosen . . . 2.60-6.75
Schlosserhosen . . . 1.88-5.25
Überziehhosen . . . 1.08-2.35
Zwirnhosen . . . 1.68-3.25
Leinwand-Jacken, Schräge u. gerade 1.28, Kagen, Hemden, Schlachterjacken, Herren- und Damenmäntel erstaunlich billig. Mägen von 30 Pf. bis 1.88 Mt. Note Lübeckam.

Zimmeruhren, Weckuhren, Herren- und Damenuhren zu den bekannt billigsten Preisen.
Aug. Büttner, Uhrmacher, 32 Hützstraße 32. (890)

Achtung! Kohlenarbeiter!

Außerordentliche Sektions-Versammlung am Freitag, 7. d. M., abends 8 1/2 Uhr im „Gewerkschaftshaus“ Johannisstraße 50-52.
Tages-Ordnung: Bericht der Lohnkommission über die Verhandlung betreffs der Gas-Kohlenarbeiter.
NB. Wegen der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen.
Der Vorstand. (884)

Achtung Schneider!

Die Versammlung am Freitag findet wegen Verhinderung des Referenten nicht statt.
(889) Die Ortsverwaltung.



Arbeiter-Turn-Verein Lübeck.
Zurungang u. Moising am Sonntag, den 9. Juni. Abmarsch 2 Uhr vom Vereinslokal, Gundeistraße 41. (889) Der Turnwart.

Deutscher Holzarbeiterverband
Zahlstelle Lübeck.

Ausflug per Dampfer mit Musik nach Schwartau
am Sonntag, 9. Juni 1912.

Dieselbst gemeinsamer Spaziergang nach dem Kiebusch (Kinderbelustigung). Abends Ball im Hotel Kronprinz. (Paternenpotonäse für Kinder).
Abfahrt 1 1/2 Uhr Drechbücke. Rückfahrt 11 Uhr. Preis der Festkarte inkl. Fahrt 1 Mark. Eine Dame und Kinder frei, einzelne Dame 20 Pf. (552)

Nur bis 9. Juni! - Unwiderruflich!

Sarrasani

Burgfeld. Telephone 9076.

879) Freitag, den 7. Juni, 7 1/2 Uhr:
Gala-Abend.

2 Sonnabend, 8. Juni, 3 Uhr und 7 1/2 Uhr:
2 Elite-Vorstellungen. 2

2 Sonntag, 9. Juni, 3 Uhr und 7 1/2 Uhr:
2 Abschieds-Vorstellungen. 2

Nachmittags zahlen Kinder auf allen Plätzen, Militärs bis zum Feldwebelgrade auf allen Sitzplätzen halbe Preise.
Vorverkauf bei **Adolf Röhrich**, Holstenstraße 2 und Circuskasse.

Am 1. Juli 1. Et., 3. St., zu verm. **40 Rottwikstraße 40**
2 Zimmer u. Zubehör, 150 Mt. (869)
Näheres daselbst Hinterhaus.
Ein starker Kinderwagen zu kaufen gesucht. Off. mit Preisang. u. W.W. an die Exp. d. Bl. (878)

Bekanntmachung.
Es wird empfohlen zu kochen:

Montag	Knorr-Grünersuppe
Dienstag	„ Reissuppe
Mittwoch	Knorr-Eierriebelesuppe
Donnerstag	„ Königinjuppe
Freitag	Knorr-Erbensuppe
Sonnabend	„ Spargelsuppe
Sonntag	Knorr-Rumfordsuppe

Jeden Tag für 10 Pfennig 3 Teller feine Suppe nur mit **Knorr Suppenwürfel**
Nach dem Urteil der Kenner sind **Knorr Suppen** die besten.
876

Gewerkschaftsfest Ahrensböf
am Sonntag, d. 30. Juni 1912, im Gehölz Langendam. Mittags 1 1/2 Uhr:
Empfang der auswärtigen Gäste mit Musik am Bahnhof.
Punkt 2 Uhr: Festzug mit Musik durch den Flecken nach dem Festplatz. Auf dem Festplatz: Feste, Gesang, Freischießen, Kegeln und Tanz.
Um zahlreiche Beteiligung, auch von Seiten der auswärtigen Gewerkschaften, ersucht
(875) Das Komitee.

Gefangenenverein Harmonia
Rensfeld-Swartau.
Einladung zum diesjährigen **Sommer-Vergnügen** verbunden mit Freischießen und Freisiegeln
am Sonntag, dem 9. Juni im Lokale des Herrn O. Evers, H. Wühlstein.
Anfang des Schießens und Kegels 2 Uhr. Konzertanfang 4 Uhr. Anfang des Balles 7 Uhr. Ende morgens. Eintritt für Herren 1 Mt., eine Dame frei. Einz. Dam. 20 Pf. (886) Das Komitee.

Arbeiter-Abstinenzbünd
Freitag, den 7. Juni
Versammlung im „Gewerkschaftshaus“ Johannisstraße 50-52. (881) Der Vorstand.

Kalnbergs
Variété und Kabarett.
Gastspiel des Variété-Ensemble **Wien-Berlin.**
Beginn 8 1/2 Uhr. Entree 20 Pf. (887)

Hansa-Theater.
Kurzes Gaspiel des Intimen Theaters aus **Hamburg.** „Ramsenit“
Gretel Mayhof und die übrigen Schlager.
Neu! (891) Neu!
Die konfiszierte Venus.
Anfang 1/2 9 Uhr. Ende 11 Uhr.

Bezugsquellen-Verzeichnis
Den Lesern bei Einkäufen auf's beste empfohlen

Brauereien Elbschloss, M. Hofmann, Hansstr. 73. Kiehl Schloßbräu, H. A. Wulff, Untertrave 66, Fernspr. 1274.	Drogerien W. Hohenschild, Markt 42c T. 73f. Aug. Prösch, Mühlenstr. 32. Germania-Drogerie, Markt, Ecke Käselstr.	Friseure, Parfüm. Johs. Kühn, Ratzweg, Allee 42a. Galant-, Spielwar. C. Bliesath Wwe. Sandstr. 9.	Kurz-, Weiss-, Wollw. O. Sünnewald, Lindenstr. 39. Paul Remien, Malente, Bahnhofstr.	Manufakturwaren Johann Dittmer, Drögest 12a. Paul Remien, Malente, Bahnhofstr. J. Zimmermann, Malente, Bahnhofstr. Hamb. Engros-Lager, Schwartau. K. Quitzan, Schwartau, Marktstr. 14.	Möbelmagazine Hütze & Stech, Möbel-Fabrik, Detail-Verkauf in der Fabrik, Mühlenstr. 47. W. Pamperln , St. Annenstr. 20. Wohnungseinrichtungen, 2. billigen Pr.	Molkereiprodukte Hansa-Meierei u. Molkerei, Amme Lübeck, Molkereiprodukte aller Art.	Meiereien Meierei Rensfeld, Inh. Paul Riekert, Vortellhafte Bezugsquelle für Milch und Butter. Meierei Schwartau, Inh. Philipp Eitel, Tel. 2144 Milch und H. Molkereiprodukte.	Optik u. Mechanik Carl Volger, Optikus-Spezialgeschäft, 58 Breitestr.	Photogr. Apparate O. Goetze, Lübeck, Gr. Burgstr. 15. Jul. Pingel, Johannisstr. 13. Samson & Co. , Breitestr. 39, Fernspr. 1037.																						
Art. u. Berufs-Kl. J. H. Pein, am Markt. Rudolph Karstadt, Fatin. K. Quitzan, Schwartau, Markt 14.	Art. z. Krankenpf. F. W. Heyde, Köhlerstr. 32.	Bäckereien Lübeck 1, Markt 43. Dampf-Brot u. Kaffee-Fabrik. J. Eixmann , große 57. H. Jargstorff, Warendorferstr. 36. Fleischbäckerei. R. Kasch , 52. Fein-, Weib- u. Grobbackerei. W. Kraha, Fackelstr. Allee 57a. Ad. Hinzelmann , Schützenstr. 21. Feines Schwarz- u. Weißbrot. B. Plath , Lübeckstr. 3. W. Steinhoff, Travemünde.	Brauereien M. Hofmann, Hansstr. 73. H. A. Wulff, Untertrave 66, Fernspr. 1274.	Brotbäckerei Schwartauer F. Veierheller, Allee No. 36. Brannter in Gebirgen u. Flaschen Franz Langloß, Schlichterstr. 12. H. Schmitt, Aegestestr. 1414a. L. Wellbrandt, Rosenpark 13.	Brennmaterialien H. Schmitt, Aegestestr. 1414a. L. Wellbrandt, Rosenpark 13.	Butter-, Käsehandl. Ludw. Hartwig, Ob. Trave 2. Fackelstr. Allee 50. H. Philipp, 1221. Feinste Tafelbutter. W. Rockstein, Hützstr. 23. J. Semrau, Hützstr.	Cacao, Chocol., Tee Lina Schwarz, Lübeck, Hützstr. 12.	Cigarrenhandl. A. Barmester, Lübeck, Fackelstr. 43. Ludw. Hartwig, Ob. Trave 2. D. Klecke, Königstr. 64, Ecke Hützstr. Rob. Kille, Becksgrube 31. Paul Kurland, Semmlitzerstr. 31. Cigarren, Zigarillos, Tabake. Jacob Meier, Warendorferstr. 15. Coarad Rotte, Fleischmarktstr. 13. Paul Thiel, Steuerr. 8. W. Böhne, Fackelstr. 31.	Dampfabsch., Plattanst. G. H. Hinzelmann, Fackelstr. 12. Wische-Verleib-Institut, T. 1521. Spezial: Holz- u. Fein-Wische. Hansa, W. Roper, Fackelstr. 62. W. Krüger, Warendorferstr. 21.	Fahrräder, Nähmasch. H. Benthien, Fackelng. Allee 53. Deutsches Nähmaschinen-Haus Gustav Käth, Frister & Hofmann - Nähmasch. Franz Basse, Wahnstr. 42. Rich. Israel, Allee 31. H. Käth, Gr. Burgstr. 23. H. Käth, Lübecker Fahrradfabrik. Joh. Meier, Arabast. 12. Erstklass. Räder u. Nähmasch. billig. Johs. Meyer, Königstr. 51. Carl Petersen, Malente, Marktstr. 25. H. Käth, Schwartau, Lib.-St. H. Käth, 71. Rep. Sämtl. Ersatzl.	Farben u. Lacke J. Becker, Dornstr. 21. W. Hohenschild, Erkerstr. 42. P. 72. Ferd. Kayser, Breitestr. 81. Aug. Prösch, Mühlenstr. 32.	Fleisch- u. Wurstw. Hans Gerds, Elwigerstr. 1a. H. A. A. Anschritt. Prima Fleisch- u. Wurstwaren Chr. Gipp, Molkerei Allee 4. Gottlieb, Königstr. 104. Gothknecht, Becksgrube 31. Carl Joost, Wahnstr. T. 1521. C. Kleins, Fackelstr. 14. W. Leucke, An der Mauer 41a. F. Meier, Kanthakenstr. 68. L. Meier, Fackelstr. 43. Wurstwaren, Fleisch mit elektr. Best. Jul. Schöber, Gr. Burgstr. 55. Gust. Kasch, Köhlerstr. 32. G. Meier, Becksgrube 31. L. Käth, Pa. Fleisch- u. Wurstw.	Herren- u. Knab.-Gard. Joh. Dittmer, Lübeck, Drögest 12a. Rudolph Karstadt, Eutin.	Hüte und Mützen Adolph Dimpker, Lübeck, Wahnstr. 9. Aug. Frost & Sohn, Holstenstr. 24.	Kino-Salon Biophon-Theater am Breitestr. 52. Vornehmstes am Platz. Vollendetste Vorführung lebender, singender, sprechender Photogr.	Kolonial-, Fettwar. Feddler J. Behn, Hansstr. 97. Johs. Broede, Dankwärgstr. 31. Reinh. Büse, Arabast. 1a. Reinh. Franck, Wahnstr. 67. Ludw. Hartwig, Ob. Trave 2. Carl Hudoffsky, Marktstr. 44. D. Lerch, Lz. Lohweg 37. Ernst Lähn, Wühlstr. 5. H. Schmitt, Augustenstr. 1414a. J. Semrau, Hützstr. H. Lottow, Eutin, Weidstr. 4. Louis Rathmann, Schwartau. J. U. Krüger, Travemünde.	Meiereien Meierei Rensfeld, Inh. Paul Riekert, Vortellhafte Bezugsquelle für Milch und Butter. Meierei Schwartau, Inh. Philipp Eitel, Tel. 2144 Milch und H. Molkereiprodukte.	Optik u. Mechanik Carl Volger, Optikus-Spezialgeschäft, 58 Breitestr.	Photogr. Apparate O. Goetze, Lübeck, Gr. Burgstr. 15. Jul. Pingel, Johannisstr. 13. Samson & Co. , Breitestr. 39, Fernspr. 1037.	Billigste Bezugsquelle für Öfen, Herde, Gaskocher, Grudeöfen Adolf Borgfeldt, Fernruf 672, Mühlenstr. 36 und 40.	Putz u. Holzwaren E. Dührmann, Holstenstr. 18.	Empfehlensw. Restaur. Wacknitz-Strand, Lübeck, Blankstr. 33.	Schreibwaren Aug. Barmester, Fackelng. Allee 43. M. Maxein Wwe., Moising, Allee 40a. Elsa Paulsen, Spez.: Briefmarken.	Schuhwaren Rud. Möller, Hartengr. 33. Reparatur. Aug. Rostock, Fünfhausen 5. Rudolph Karstadt, Eutin. Paul Remien, Malente, Bahnhofstr.	Seifen, Toilette-Art. Ludwig Hartwig, Lübeck, Ob. Trave 2.	Stahl-, Eisenwaren Franz Genzner, Fackelng. Allee 10b. Fernruf 1031. F. Wichmann, Hützstr. 46. Spezial- u. Eisenwaren.	Tapeten, Linoleum Carl Beutke, Lübeck, Köhlerstr. 49b. Tapeten-Restaur. Fritz Rehm, Becksgrube 20.	Trikot-, Strumpfwr. E. Ehlert, Lübeck, Breitestr. 15.	Uhren-Repar.-Werkst. Amerikanische, Hützstr. 71. Fast jede Reparatur nur 1 Mk. 2 Jahre schriftliche Garantie.	Uhren, Goldwaren August Büttner, Uhrmacher, Hützstr. 32. W. Westfahl, Holstenstr. 32. H. Neumann, Schwartau.	Weine, Spirituosen Fr. Geist, Lübeck, Hützstr. 8. T. 1335. Fischergrube Friedr. Otte, 43, empfehlen Prima Weine und Spirituosen.

Leser, Leserinnen, Arbeiter, Arbeiterinnen, berücksichtigt obige Firmen!

Sieg der Streikenden „Lena“-Arbeiter.

Die gewaltigen Proteststreiks der russischen Arbeiter aus Anlaß der Mezelei in den „Lena“-Goldbergwerken sind nicht ergebnislos verlaufen. Sie haben nicht nur eine neue Epoche in der russischen Arbeiterbewegung eröffnet und die Arbeiterfrage wie einen Keil in das konterrevolutionäre Chaos hineingetrieben, sie haben auch den streikenden Arbeitern in der fernen sibirischen Taiga zum Siege verholfen. Die Regierung und die herrschenden Parteien suchten allerdings durch den Hinweis auf die bevorstehende Senatorenrevision die unbequeme Angelegenheit aus der Welt zu schaffen und das ramponierte Ansehen der Galgenregierung vor der öffentlichen Meinung der Kulturwelt zu rehabilitieren. Aber die andauernden Proteststreiks im Reiche, die fortgesetzte Arbeitsverweigerung der „Lena“-Arbeiter, die Nachrichten, die immerfort aus dem Streikgebiet einliefen und die ganze Atmosphäre der verschärften Aufmerksamkeit gegenüber der Arbeiterbewegung ließen die Angelegenheit nicht, wie die Regierungsleute und die Börsenwölfe es gewünscht hatten, auf den toten Strang schießen. Zwar versuchten die beamteten Kreaturen der Lenagoldgesellschaft, den kühnen Widerstand der streikenden Arbeiter durch Verhaftungen, Ermittlungen, Bluturteile und sonstige terroristische Maßnahmen zu brechen; zwar setzten die hohen Gönner dieser Ausbeutungsgesellschaft alle Hebel in Bewegung, um die Niederlage der Arbeiter schon in Petersburg vorzubereiten, — es gelang ihnen doch nicht, den Sieg der Streikenden aufzuhalten. Noch war das zum Revisor ernannte Reichsratsmitglied Manuchin nicht nach dem Streikgebiete abgereist, als die Direktion der Lenagoldgesellschaft, nach längeren Unterhandlungen mit dem Handelsminister Timaschow und den Vertretern des Bergdepartements fast sämtliche Forderungen der streikenden Arbeiter annahm. Die „Lena“-Arbeiter hatten durch den Bezirksbergingenieur Tultschinski, der die Unterhandlungen mit ihnen führte, folgende Ultimatiforderungen gestellt: Erhöhung des Arbeitslohnes, 8-Stundentag für die schwersten Arbeiten, Wiedereinstellung sämtlicher streikender Arbeiter u. a. Ferner verlangten sie das Versprechen, daß kein Arbeiter bis zur Beendigung der Senatorenrevision verhaftet werden würde. Die Direktion der Lenagoldgesellschaft akzeptierte sämtliche Forderungen mit Ausnahme der ersten betreffend die Lohnerhöhung. Aber nach einem sanften Druck des Ministeriums, welches die Ablehnung dieser Forderung als nicht zeitgemäß betrachtete, erklärte sich die Direktion endlich bereit, die Löhne zu erhöhen, allerdings mit der Einschränkung, daß die Gesamterhöhung nicht mehr als 300 000 Rubel im Jahre betragen dürfe. Werden diese Beischlüsse in Wirklichkeit umgesetzt und nicht durch irgendwelche Streiche der Kapitalisten durchkreuzt, so können die streikenden Arbeiter mit Genugtuung einen Erfolg ihres Kampfes verzeichnen. Das wird sie allerdings nicht davon abhalten, mit Unterstützung der Rechtsanwälte, die aus Petersburg, Moskau und Irkutsk nach dem Streikgebiet gereist sind, die Vorgänge, die zu der blutigen Mezelei geführt haben, aufzudecken und ihre Forderungen für den Kontraktbruch der Direktion geltend zu machen.

Daß die volle Wahrheit über die Vorgänge jetzt ans Licht kommen könnte, ist kaum anzunehmen. Zu

stark ist die Interessengemeinschaft der Regierungsleute und der Großaktionäre der Goldgesellschaft, als daß alle dunklen Vorgänge, die zur Niedermetzlung von 500 Arbeitern geführt haben, aufgedeckt werden könnten. Indessen genügt auch schon, was bisher in der Presse bekannt geworden ist, um sich ein annäherndes Bild von dem wahnwitzigen verbrecherischen Spiel zu machen, das die Börsenwölfe im Bunde mit den Regierungsleuten mit der Gesundheit und dem Leben Tausender von Arbeitern getrieben haben. Einen wertvollen Beitrag hierzu liefert Bajan in der „Ruskoje Slowo“, welche als größtes bürgerliches Blatt Moskaus von den Börsenmachinationen der Lena-interessenten sehr gut unterrichtet ist: „In der Lenaaffäre — schreibt er — ist der Hund in den Bankkreisen begraben. Wenn Senator Manuchin sich für diese Kreise interessiert und die wichtigsten Jahresabschlüsse mit den Lena-aktiven prüft, so wird er sehen, daß das Steigen und das Fallen der Preise den Stürmen und den Strömungen in den Bankkreisen wie in der sibirischen Taiga entsprochen haben... Wendet man sich zu den Zahlen der letzten Jahresabrechnung, so sieht man, daß die Summe der ausgeteilten Dividende sich auf 4 Millionen 233 000 Rubel belief und die Gesamtsumme der Arbeitslöhne, die 3 Millionen 360 000 Rubel betragen, um ein bedeutendes übersteigen, was in keiner Bilanz eines anderen Unternehmens zu finden ist. Bei einem solchen Verhältnis der genannten Zahlen ist es begreiflich, weshalb die Direktion sich gegen jede Lohnerhöhung der Arbeiter gestäubt hat: jeder Rubel, der den Arbeitern gewährt wird, bedeutet einen Verlust für die Dividende und muß auf den Preis der Aktien drücken.“ Da an dieser Dividende nicht nur die russischen und die englischen Großaktionäre, sondern auch die höchsten Regierungsbeamten interessiert waren (derselbe Autor erzählt, daß die Beamten des Bergdepartements in Petersburg schon im Februar die Lena-Aktien veräußerten und ihre Bekannten vor neuen Ankäufen warnten), so war es absolut kein Wunder, daß die geringen Forderungen der bis aufs Blut ausgebeuteten Arbeiter erst nach den gewaltigsten Anstrengungen und mit den größten Opfern erkämpft werden mußten.

Preussische Polizeidokumente.

Wiederholt ist in Preußen darüber geklagt worden, daß die Polizei die Bürger viel zu viel mit Straf anzeigen und Strafmandaten verfolgt. Wir sind heute in der Lage, einige interessante Dokumente über dieses System zu liefern. Man kann aus ihnen ersehen, wie die Schutzleute unter Androhung von Disziplinarstrafen angehalten werden, möglichst zahlreiche Anzeigen zu erstatten.

Im Dezember vorigen Jahres brach in Königsberg ein Streik der Droschkenkutscher und Chauffeure aus, der sich gegen die Polizei richtete, die andauernd die Kutscher mit Strafmandaten bedachte, so daß sie schließlich nicht mehr in stande waren, sich und ihre Familien zu ernähren. Innerhalb eines Monats waren die Kutscher mit etwa 400 Strafmandaten bedacht worden. Dabei paßierten auch Mißgriffe aller Art. Kutscher, die gar nicht in Arbeit standen, Kutscher, die bettlägerig waren, hatten Strafmandate erhalten. Der Streik endete mit einem Siege der Kutscher; die noch nicht rechtskräftigen Strafmandate wurden zurückgezogen. Der Polizeipräsident v. Wehrs versuchte in der Öffentlichkeit das Verhalten der Polizeibehörde zu rechtfertigen. Er schrieb in einer öffent-

lichen Erklärung, daß die Behauptung des Flugblatts der Streikenden, die Polizeibehörde sei in schikanöser Weise gegen die Wagenführer vorgegangen, unberechtigt sei. Wären bei der Durchführung der Anordnungen des Polizeipräsidenten von einem Teil der ihm unterstellten Beamten in irriger Auffassung der ergangenen Befehle unnötige Anzeigen erstattet, so billige er das nicht. Die Beamten seien bereits wiederholt darauf hingewiesen, daß eine kleinliche Handhabung unter keinen Umständen wünsche.

In einem Widerspruch zu dieser Erklärung stehen aber die Tagesbefehle desselben Herrn Polizeipräsidenten, die uns ein günstiger Wind zugeweht hat, und die den Beweis liefern, wie sehr die Schutzmannschaft zu Strafanzeigen angehalten worden ist. Der eine Tagesbefehl (Nr. 262) lautet:

„Die von mir wiederholt gegebenen Befehle, die Handhabung der Aufsicht über den Verkehr auf den öffentlichen Straßen betreffend, sind nicht genügend beachtet worden. Unter Bezugnahme auf meine öffentliche Bekanntmachung vom heutigen Tage mache ich deshalb erneut der gesamten Schutzmannschaft die strengste Durchführung der in der Straßenordnung gegebenen Vorschriften nachdrücklich zu besonderen Pflicht. Namentlich sind die Vorschriften betreffs des Rechtsfahrens, des Überholens, des unbeaufsichtigten Stehenlassens der Fuhrwerke, des Einbiegens in die Seitenstraßen mit vollem Nachdruck zu handhaben. Bei Zuwiderhandlungen sind Strafanzeigen vorzulegen. Die Beamten haben sich von einem Einschreiten nicht durch die Befürchtung abhalten zu lassen, daß ihnen vielleicht seitens eines Teiles der Kutscher Schwierigkeiten bereitet werden.“

Die Herren Polizeikommissare, die ich für die dauernde Erhaltung eines strafenordnungsmäßigen Zustandes innerhalb ihres Distrikts persönlich verantwortlich mache, die Polizeiwachmeister haben bei den Revisionen innerhalb des Distrikts wie auch im allgemeinen im ganzen Polizeibezirk bei Übertretungen gegen die Strafenordnung unnachlässiglich einzuschreiten und persönlich Anzeige vorzulegen. Ferner sind die berittenen Schutzleute zur Überwachung des Fuhrverkehrs schärfer als bisher heranzuziehen.

Ich verlange unter allen Umständen die Schaffung und dauernde Erhaltung ordnungsmäßiger Verhältnisse und werde diejenigen Beamten unnachlässiglich disziplinarisch bestrafen, welche ihre Berufspflichten nach dieser Richtung hin nicht voll erfüllen. Bis auf weiteres sind die Anzeigen bezüglich Übertretungen im Fuhrwerksverkehr wochenweise zu sammeln und jeden Montag beim Rapport dem Kommando mit einem auf diesen Befehl bezugnehmenden Bericht zur Kontrolle besonders vorzulegen.

Verfügung vom 28. 9. 11. Der Polizeipräsident
H. P. 1260 Misc. gez. v. Wehrs.

Die Verfügung ist mit folgendem Zusatz an die Polizeidistrikte gegangen:

„Abschrift erhalten die Distrikte zur Kenntnis und strengsten Durchführung. Seitens des Kommandos wird darüber hinaus eine Verkehrspatrouille aus einem Wachtmeister und einem Schutzmann gebildet

Gleich und gleich.

Eine Erzählung aus dem Ries von Melchior Meyr.

(13. Fortsetzung.)

„Es ist gar nicht so ungeschickt, wie du meinst,“ entgegnete der Sohn. „Wir zwei leben so gut miteinander, daß wir uns möglicherweise gar nicht verbessern, wenn wir noch eine zu uns ins Haus nehmen. Und jeder muß nicht heiraten! Bei weitem die meisten heiraten ja doch — die Welt stirbt nicht aus. Enkel hast du schon ein halbes Duzend — Bubben und Mädchen, die man sich nicht schöner wünschen kann. Und daß sie grad' den Namen Stöckle führen, darauf wirb's am End' auch nicht ankommen. — Kurz, ich seh' wirklich nicht ein, warum ich grad' heiraten muß!“

„Gottfried,“ versetzte die Mutter, „wie du so ein Gerede an mich hin haben kannst, das ist doch wirklich nicht zum Begreifen. — Laß mich gehn! Es ist dein Ernst nicht! — Ein Mensch, wie du bist, der muß heiraten. Grad' so einer, der sich kränkt, weil ihn eine nicht gemocht hat, der muß eine andere haben; und das bald!“ — Und mit Bedeutung fuhr sie fort: „Es ist nicht immer so ein großes Unglück, wenn man diese nicht kriegt, die man will! Man kriegt vielleicht eine Bessere!“

Der Sohn, mit einem Seufzer und einem eigenen Tone der Überzeugung, erwiderte: „Das möcht' ich bezweifeln!“

„Man sucht oft etwas in der Weite,“ fuhr die Mutter fort, „und hat's in der Nähe. Du hast das letztmal meinen Vorschlag wegen der Burg-Ämmer über drei Häuser nübergeworfen! — Aber jetzt können wir wieder dran denken, denn jetzt hat sich die Sach' geändert!“

„Wieso?“ fragte der Sohn.

„Was dir nicht recht gewesen ist an ihr, das ist jetzt weg — alles miteinander!“

Der Sohn schaute sie an. Mit einem Lächeln, das nicht ohne Raune war, sagte er: „Ist sie nicht mehr schön? — Ich hab' sie freilich lang' nicht mehr gesehen!“

„Ach was,“ rief die Alte, „schön ist sie noch immer! Das vergeht bei der nicht! Aber ihre lustigen und fecken Manieren hat sie aufgegeben. Sie ist still geworden, still und ernsthaft, und vom Augenmachen ist keine Red' mehr. Ich bin verwichenen Sonntag bei ihr gewesen und hab' mich ordentlich verwundert über sie. Sie ist freier verwandelt! Aber mir g'fällt sie jetzt besser als vorher. — Ja, ja,“ fuhr sie fort, „ich hab's ja gesagt: das hört mit einmal auf! Aber Nacht wird man geschick! Man sieht, es

kann nicht immer so fortgehen, man denkt an seine Versorgung und läßt dann andern das Vergnügen, die jünger sind.“

Gottfried sah nachdenklich. „Wenn's so ist, wie du sagst“, erwiderte er, „dann hat's vielleicht einen andern Grund! — Die Ämmer hat vielleicht auch den nicht gekriegt, den sie gern gehabt hätt!“

„Ach,“ versetzte die Alte, „du denkst wieder an den Schorich? — Ja, wenn sie den im Kopf gehabt hätt, dann wär's freilich aus jetzt! — Aber ich glaub's nicht, daß sie so einfältig gewesen ist!“

„S'ist nicht so einfältig, sag' ich dir!“ entgegnete der Sohn. „Sie ist als Mädel so fein wie er als Bursch. Und an Exempeln fehlt's nicht, daß eine schon um der bloßen Schönheit willen geheiratet worden ist!“

„Nun,“ sagte die Mutter hierauf, „nehmen wir an, daß sie so töricht gewesen ist. Er hat ihr vielleicht beim Tanzen ein bißchen flattert — was sagt man nicht alles zu den Mädchen! — und sie hat sich eingebildet, er könnt' Gott weiß was im Sinn haben. Aber dann wär' sie jetzt in derselben Lag' wie du, und ihr tätet erst recht zusammenpassen. Güns könnte dem andern helfen, und ihr könntet euch beide trösten miteinander!“

Die Mutter sagte das mit einem guten und schalkhaften Lächeln — und es traf den Burschen sonderbar. Er mußte der Erfahrenen recht geben. „Wenn die Annemarie,“ fragte er sich, „an den Schorich gedacht hätt' wie ich an die Sophie, dann würde sie jetzt noch viel mehr in derselben Lag' sein, als die Mutter sich vorstellt; — durch diese Heirat würde uns das gleiche Leid geschehen, und wir könnten wahrhaftig daran denken, uns zu trösten und uns selber zu heiraten — den andern zum Trost! Nun sich die Reichen zusammen, so können's auch die Jüngsten tun, die weniger haben. Sie wären ja Narren, wenn sie's unterließen; — und am End' können sie sich ganz dieselbe Freud' machen miteinander!“

Diese Gedanken, die sich rasch nacheinander in ihm erzeugten, hatten zur Folge, daß das Mädchen, welche ihm die Mutter so sehr anempfand, für ihn eine ganz neue Bedeutung erhielt. Er fühlte ein ordentliches Bedauern mit ihr, in deren Zustand er sich jetzt so gut versetzen konnte; und die Vorstellung, daß er sich an der Sophie, die doch einigermaßen mit ihm gespielt hatte, auf diese Weise rächen konnte, war für ihn nicht ohne Süßigkeit. — Jamohl, er konnte es! Und wenn er's tat und die Annemarie heiratete, und sie lebten vergnügt und haupfen gut, dann konnten die reichen Leute sehen, daß man sie grad' auch nicht absolut nötig hat auf dieser Welt!

Ein neuer Geist und ein neues Gefühl war in ihn gekommen. Er stellte sich vor, was er vermochte, — und wenn die Ämmer wirklich ernsthafter geworden war und geselter, so war ihm ihre Schönheit jetzt nicht mehr zu viel! Im Gegenteil, diese hatte nun ein Gewicht in seinen Augen und war ihm gerade recht. Hatte er sich getäuscht, als er die Vornehme davonzutragen meinte, so konnte er jetzt die Schönheit zum Weib nehmen — und das war am End' auch etwas! Wer weiß, wenn er den Schorich beneidete, der die Sophie bekam, ob dieser nicht zuletzt auch ihn beneidete!

Die Alte hatte den Sohn, während er sich diesen Reflexionen überließ, betrachtet. Sie sah ihm an, daß er überlegte, und sie wollte ihn nicht stören. Als er aber nun den Kopf erhob wie einer, der zum Schluß gekommen war, da sagte sie: „Gottfried, versteh' mich recht! Ich geb' nicht allzuviel darauf, daß ein Mädchen fauber ist. Wenn eine brav ist und gesund und kann ihre Arbeit, dann brauch't's das nicht auch noch. Aber sage man, was man will, etwas Schön's ist doch, wenn das noch dazu kommt. Siehst du, ich tät' dir eben ein so schönes Weib, vergonnen; du hättest doch deine Freud' dran, und ich tät' mir was einbilden auf so eine Söhnerin!“

Der Sohn lächelte. Die gute Alte setzte sich näher zu ihm, streichelte ihm die Haare und sagte liebevoll bittend: „Folg' mir, lieber Bub! Ich möchte dich gern glücklich sehen, und das Gesicht, das du in den letzten Tagen gemacht hast, tut mir weh! Glaub' mir, du darfst nur wollen! Der Burgweber hält alles auf dich — er hat erst neulich wieder zu mir dein Lob gesagt; und die Ämmer hat gehört ganz ernsthaft und hat ein Gesicht gemacht, als ob sie sagen wollt': ja, der verdient das Lob! Und ein Mädchen ist sie ja auch! Schlag dir den Arger aus dem Kopf und geh zur Ämmer — du wirst sehen, das wird dein Glück sein!“

Dieses Gespräch fand an einem Freitag statt. Wenn unser Gottfried dadurch neuen Lebensmut gewann und des Vergnügens wieder fähig wurde, so traf das jetzt in die rechte Zeit: denn am Sonntag war in dem Dorfe, zu dem sein Vetter gehörte, die Kirchweih.

Was dieses Fest den Landleuten ist, weiß man. Alles, was es für sie Poetisches gibt, ist hier zusammengebrängt: hergebrachte, geweihte Fröhlichkeit; Hülle und Fülle in Speiß und Trank; Ergötzungen aller Art für alt und jung. Die Kirchweih ist nur einmal im Jahre, sie hat also den Reiz und den Wert des Selteneren, und den Genüssen, die sie bietet, kommt das ausgeruhte, frischeste Begehren entgegen. Die Töne, die zum Tanz laden, klingen den Ver-

werden, welche dann in Tätigkeit treten wird, wenn aus dem vorgelegten Material auf eine mangelhafte Durchführung des Tagesbefehls geschlossen werden kann. Der Tagesbefehl ist der Schutzmannschaft monatlich mindestens einmal erneut bekannt zu machen, und daß dieses geschehen, am 1. jeden Monats auf dem Rapport zu melden; die nach dem Tagesbefehl Nr. 32/09 a. c. erforderlichen Meldungen fallen hiermit fort.

R. 29. 9. 11.

Kommando der Schutzmannschaft
Dallshof.

Trotz all dieser Maßnahmen waren noch nicht genug Strafanzeigen eingegangen, denn in einem weiteren Tagesbefehl (Nr. 288) schreibt der Polizeipräsident:

„Dem Kommando zur weiteren Veranlassung nach den Vorschlägen des Verkehrs- und Gewerbeinspektors.“

Im übrigen habe ich mit Mißfallen aus den Nachweisungen ersehen, daß eine große Anzahl von Schutzleuten (siehe insbesondere die Distrikte I, II und VIII) ihrer Pflicht in bezug auf eine ausreichende Überwachung des Straßenverkehrs in höchst mangelhafter Weise oder vielmehr überhaupt nicht nachgekommen sind. Denn sonst wäre es nicht möglich gewesen, daß im I. Distrikt 12, im II. Distrikt 11 und im VIII. Distrikt 9 Beamte Anzeigen wegen Fahrkonventionen im Monat September überhaupt nicht vorgelegt haben. Die betreffenden Beamten haben also entweder während des Dienstes geschlafen oder aus Bequemlichkeit nicht einschreiten wollen. Ich erwarte bestimmt, daß in dieser Beziehung ein dauernder Wandel eintritt, und daß auch die Herren Distriktsvorsteher sich eine fortgesetzte Überwachung angelegen sein lassen.

Berf. v. 22./10. 11.

Der Polizeipräsident.

Nr. 9. 1333 Misc.

gez. v. Wehrs.“

Auch dieser Erlaß ist an die Distrikte gegangen zur Kenntnis und strengsten Beachtung. Das Kommando der Schutzmannschaft (gezeichnet Dallshof) verfügte unter anderem:

„Am 5. November sind erneut Nachweisungen der Beamten der Distrikte einschl. der Wachen, unter Angabe der von diesen im Monat Oktober vorgelegten Anzeigen über Übertretungen gegen die Straßenverordnung nach folgendem Muster vorzulegen.“

Es liegt nun eine noch nie dagewesene Verfolgung der Ruffcher ein. Die Dokumente liefern jedenfalls den Beweis, wie in Preußen die Schutzmannschaft zum denkbar schnellsten Vorgehen aufgefordert wird.

„Ich bin ein Preuße“.

In der „Kreuzzeitung“ unterrichtet der Verfasser eines Artikels, wie es komme, daß gerade Preußen immer verunglimpft und als die Inkarnation aller reaktionären Bestrebungen hingestellt werde. Unsere politische Satire und Wühliteratur, so führt der Verfasser aus, nicht nur, wie sie im „Simplicissimus“ sich ans Licht wagt, lebt zum großen Teile von der Verunglimpfung preussischer Art und von mangelnder Reaktion dagegen. . . . Ist es doch leider so weit gekommen, daß man das, was man beim Deutschen verb, bieder, ehrlich, schlagfertig, bodenständig nennt, beim Preußen nur als schnoddrig oder rußlandverwandt gelten läßt und daß der Preuße Angriffe auf seine Nationalsehre seitens anders als mit einem lachalichen Lächeln oder gutmütigem Achselzucken pariert. So ist es gekommen, daß in den freien Volksschichten das Staatsangehörigkeitsgefühl Schaden gelitten hat und diese um so leichter Opfer hegerlicher Parteien und ihrer Legitimatoren geworden sind. Was Preußen nützt, das ist nach Ansicht des Verfassers

die Erweckung des preussischen Chauvinismus, der seine Aufrechterhaltung in dem Bekenntnis finden müsse: „Ich bin ein Preuße“.

Die Redaktion der „Kreuzzeitung“ stimmt den Ausführungen des Verfassers des Artikels vollständig zu und knüpft daran die Bemerkung:

„Eine Preußenvereinigung zur Weckung und Stärkung des Nationalbewußtseins fände ein reiches Feld fruchtbarer Betätigungsmöglichkeit vor, schon in der Bekämpfung des politischen Radikalismus und der Reichs- und Staatsverdrösslichkeit. Allem Spotte zum Troste: am preussischen Wesen soll Deutschland genesen! Lange genug glaube man das nicht aussprechen zu sollen, zu dürfen. Aber allmählich zeigt es sich doch, daß die Wahrheit des vaterländischen Standpunktes nicht nur Recht, sondern auch Pflicht jedes Preußen ist.“

Es darf billig bezweifelt werden, ob das verjunktete Preußen besondere Eroberungen machen wird, wenn junkerliche Rücksichtlosigkeit und Verbortheit noch mehr in den Vordergrund treten soll. Immer wieder muß betont werden, daß die in weiten Kreisen Deutschlands vorhandene Abneigung gegen Preußen nicht dem preussischen Staatswesen und ganz besonders nicht der großen Mehrheit des preussischen Volkes gilt, sondern eben nur jener kleinen Kaste, die sich jedem Fortschritt in den Weg stellt, die mit brutaler Rücksichtslosigkeit Andersdenkende zu unterdrücken sucht und die auch soweit geht, daß sie diesen preussisch-junkerlichen Stempel dem ganzen übrigen Deutschland aufdrücken möchte. Daß daran die gewünschte „Preußenvereinigung“ etwas ändern wird, ist nicht anzunehmen. Sollte diese Vereinigung wirklich das Licht der Welt erblicken, so ist schon ihrer ganzen Herkunft nach mit Sicherheit vorauszusetzen, daß genau das Gegenteil von dem erzielt wird, was dem Artikelschreiber der „Kreuzzeitung“ vorgeschwebt haben mag. Man wird sich schon mit der Tatsache abfinden müssen, daß die preussische Junkerkaste nicht nur im aufklärten Teile des preussischen Volkes, sondern in der ganzen Welt mit vielerlei alleiniger Ausnahme Rußlands immer mehr verabscheut wird.

Zentrumswähler.

Der Antipode Koerens, Dr. Jul. Bachem, bepricht im „Tag“ die Erloßwahl im früheren Kreise Koerens. Daß dabei nicht allzuviel Liebesswürdiges für Koerens abfällt, ist erklärlich und könnte uns nicht veranlassen, Bachems Erguß zu erwähnen, aber Bachem gibt darin auch eine recht charakteristische Schilderung der Zustände in einem liberalen Zentrumswahlkreis. Die Zentrumswähler bilden natürlich nur die Herde, die der Pfarrer zur Wahlurne treibt. Der Pfarrer ist Diktator über Wähler, Kandidaten und Abgeordneten. So war es in Koerens Kreis, so wird es in den meisten Zentrumskreisen sein. Bachem schreibt:

„. . . so bleibt als Erklärung für die Zersplitterung in der Kandidatenfrage lediglich die unzureichende Organisation der Zentrumspartei in dem ehemaligen Koerensischen Reichstagskreise. In diesem Wahlkreise herrschte von alters her nur wenig politisches Leben; für die politische Schulung der Wählerschaft ist wenig getan worden. Die Wahl des Zentrumskandidaten mit erdrückender Mehrheit war dort von jeher absolut sicher; es gab keinen Kampf. Und so ließ man denn, wie das Sprüchlein lautet: Gottes Wasser über Gottes Land laufen“; man glaubte einer ins einzelne durchgeführten Wahlorganisation entbehren zu können. Lange Jahre lag die Leitung auch des Wahlgeschäfts in den Händen einiger weniger Geistlichen, ja, man kann sagen, in den Händen eines Geistlichen, der regelmäßig unterrichtet: S. N. R. In einer Versammlung, welche der Zustimmung über die doch allzu patriarchalischen Zustände Aus-

druck gab, überlegte ein jüngerer Geistlicher das „S. N. R.“ mit: Ich allein, R.

Gegen die hier in Betracht kommenden Geistlichen soll mit dieser Reminiszenz keinerlei Vorwurf erhoben werden; man muß es ihnen vom Standpunkte der Zentrumspartei danken, daß sie wenigstens der Wahlangelegenheiten sich angenommen haben, wie das ja auch durchaus ihr Recht war. Am allerwenigsten soll damit etwas gegen den trefflichen, ehrwürdigen Dechanten gesagt sein, der jetzt der wohlverdienten Ruhe genießt, und dessen Wirksamkeit eine in jeder Beziehung geeignete war. Aber es konnte doch auf die Dauer so nicht gehen. Neuerdings war allerdings die Wahlorganisation in zeitgemäßer Weise ausgebaut worden, aber doch nicht auf so breiter Basis, wie man es heute verlangen muß und wie es auch sonst fast allgemein durchgeführt worden ist; insbesondere klagte das regsame, im öffentlichen Leben so energisch sich betätigende Arbeiterelement über nicht ausreichende Berücksichtigung.

Die Zersplitterung in der Kandidatenfrage war lediglich der Ausdruck der Unzufriedenheit über diese nicht ausreichende Berücksichtigung.“

Aus der Partei.

Zum Göttinger Parteifreieit. Von verschiedenen Parteigenossen und einigen Parteiblättern werden gegen den Parteivorstand schwere Vorwürfe wegen seiner Haltung in der Angelegenheit des Göttinger Parteiblattes öffentlich erhoben. Die Angaben, auf die sich diese Vorwürfe stützen, sind von Anfang bis zu Ende erfunden und müssen, da sie geeignet sind, die Parteigenossen irre zu führen, entschieden zurückgewiesen werden. Der Parteivorstand hat in keinem Stadium der Verhandlungen den Druck der „Donauwacht“ oder gar die Verschmelzung der beiden Parteiblätter zur Bedingung seiner Unterstützung gemacht. Wir haben lediglich, wie wir noch einmal mit Nachdruck betonen, die vom Göttinger Verlag selbst angeregte und von ihm bereits vor Anrufung des Parteivorstandes eingeleiteten Verhandlungen mit ihm, die auch Gen. Thalheimer billigte, als wünschenswert bezeichnet, weil nach den von uns getroffenen Feststellungen das Göttinger Unternehmen auch nach durchgeführter Sanierung noch eine Reihe von Jahren einen Zuschuß von jährlich etwa 15 000 Mark erfordert, der, sobald ihm der Druck des Ulmer Blattes übertragen wird, wesentlich ermäßigt werden kann. Der Druck der „Donauwacht“ in Göttingen braucht in keiner Weise die politische und parteitaktische Haltung des Göttinger Organs zu beeinflussen. Beide Redaktionen konnten sehr wohl getrennt geführt werden. Trotz der verschiedenen parteitaktischen Haltung konnte die Ulmer Redaktion in vielen Fällen den ganzen und stets den größten Teil des politischen Sages des Göttinger Organs verwenden. Falls aber eine Verständigung darüber nicht zu erzielen war, konnte noch erzwungen werden, ob für den politischen Teil des Ulmer Blattes sich nicht die Materie von der „Tagwacht“ in Stuttgart beziehen ließe. Die Göttinger Genossen befanden sich, als sie mit den Ulmern verhandelten, keineswegs unter einem unabweichlichen Druck. Denn der Parteivorstand hat unbekümmert darum, wie schließlich die Regelung ausfallen möge, die fälligen Schulden bezahlt und so den Göttingern die volle Freiheit ihrer Entscheidungen bei den Verhandlungen gewahrt. Unverkündet ist es, daß die Göttinger, obwohl sie von uns ausdrücklich erucht worden waren, über den Verlauf der Verhandlungen uns zu unterrichten, uns über die von ihnen mit den Ulmern getroffene Vereinbarung und die von ihnen geplante Versammlung nichts mitgeteilt haben. Dies ist umso auffallender, als sie wußten, daß ihre Vereinbarungen der Zustimmung des Parteivorstandes bedürfen. Erst durch den Bericht der Göttinger „Freien Volkszeitung“ vom 1. Juni erfuhren wir von der beschlossenen Verschmelzung dieses Blattes mit der „Donauwacht“, die von uns nicht empfohlen und bei den Verhandlungen mit uns nicht erörtert worden ist. Der Genosse Thalheimer hatte keinen Anlaß, die Rolle in der Göttinger Versammlung zu spielen, die er nach seiner Darstellung gespielt hat. Wurde

langenden zauberhaft und wirkten auf die Tanzenden bezaubernd. Und wenn dem jungen Burich, der seinen Schatz im Arm hält, die Gegenwart gehört und die Zukunft, so läßt sich die Alten unter wohlwollendem Zuschauen an Erörterungen. Der Ehemann tanzt in der unteren Etage des Wirtshauses mit seinem Weib und seiner Nachbarin, und es kann hier in Wiedererkennung alter Freuden eine Lustigkeit anschwellen, daß der Jubelkurm der Verheirateten dem, welchen die Ledigen im oberen Stod vollführen, nicht viel nachgibt.

Gottfried hatte sich schon lange nicht mehr an den rauschenden Vergnügungen beteiligt. Er pflegte sich aber an dem Fest immer einen guten Tag zu machen, indem er im Wirtshaus saß, auf seine Weise durch Zuschauen und Diskutieren, wohl auch durch Wachen und Regeln sich unterhielt und nachts eine Wohlheit sich auftragen ließ, die nicht nur ihm schmeckte, sondern von der er auch, zu ihrem großen Vergnügen, der Wirtin etwas heimbringen und damit ihre außerordentliche Bewirtung am Mitttag einigermaßen vergelten konnte. — Bei der diesjährigen Feier hatte er noch dazu den Vorteil, daß er seine Gerichte im Hauptwirtshaus haben konnte, wo alles besser war.

Man wird sich erinnern, daß eine Krankheit, die er darin erlitten hatte, ihn von einem Wirtshaus des Dorfes ausschloß. Dies war das erste angelegentlich, und unser Burich sah sich deshalb genötigt, im zweiten Teil einer verhältnismäßigen Genügsamkeit zu beschließen. In der letzten Zeit war aber jenes erste in den Besitz einer anderen Familie gekommen, und Gottfried hatte in dasselbe wieder freien Zugang. Der neue Wirt war aus dem Mittelries hergezogen, dort mit den bedeutendsten Familien, unter anderem auch mit dem Rothensbauer, verwandt, und seine Frau hatte den Namen einer ausgezeichneten Köchin.

Der Aufführung, den die Seele anderer Burichen genommen hatte, zeigte sich in der Tat als nachhaltig. Er zog ihn von dem Vergangenen hinweg und lenkte seinen Blick in die Zukunft. Gottfried und gekränkt hatte er sich genug; er wollte sich nun auch wieder freuen und sich tropfen wie andere Leute. Mit dieser Gesinnung erwartete er jetzt nicht einmal den Sonntag, sondern, weil es am Samstag wieder schön und der Himmel abends ganz rein geworden war, so machte er sich schon an diesem von seinem Weiler ins Dorf auf, um beim Sonnabend das übliche Dorf, genannt Baum-Ärzte, mitzubringen.

Auf dem Wege, welchen er kaum eine Viertelstunde machte, trat er doch wieder in räumliche Gebundenheit; — sein Herz geriet unvermerkt in die alten Bahnen. Freilich hatte er auf diesem Wege niemals an die Baumhäuser gedacht, dagegen sehr oft an die Sophie; und das kam ihm wieder vor ihm, und es wurde nicht besser, als er, im

Der eingetreten, den Hof erblickte, den früher der Rothensbauer besaßen. Jetzt, wo sie für ihn verloren war, hatten die Räume, in denen die Freundin einst hin und her gegangen, eine neue Bedeutung für ihn, und er warf einen traurigen Blick in sie. — Dann, sich beunend, schüttelte er den Kopf über den Rückfall. Er eilte ins Wirtshaus, Unterhaltung und Zerstreuung zu finden.

Stube und Nebenstube waren schon voll von Gästen. In der letzteren sah eine Gesellschaft von „Herren“ — Geistliche, Lehrer, Forstleute und Studenten, welche die Ferien in die Häuser der Jhrigen geführt hatten. — Die Stube war von Bauern besetzt, und an drei Tischen machten die jungen Burichen sich breit, die heute schon für die Herstellung einer tüchtigen Kirchweihgasse sorgten.

Gottfried nahm in der Stube an einem Tische Platz, wo noch ein paar Stühle frei waren, ließ sich ein Maß Bier geben, bestellte Bratwürste mit Sauerkraut und gedachte unter den lustigen Leuten gleichfalls lustig zu werden.

Welch guten Willen er aber dazu mitgebracht hatte, es gelang ihm nicht. Das Bier war kräftig und die Würste mit dem Sauerkraut, an dem weder Salz noch Wein gepart war, ganz besonders schmackhaft; aber wenn auch sein Gaumen Befriedigung fand, seiner Seele wurde es nicht möglich, in die Fröhlichkeit der Menschen um ihn her einzutreten. Die jungen Burichen begannen ein Lied: ihm kam es vor, als ob sie mehr schrien als sangen! Die drei Bauern, die noch an seinem Tische saßen, fühlten kein Bedürfnis, sich durch eine Ansprache mit ihm zu unterhalten. Sie saßen trauend und schweigend mit einem Behagen da, welches durch Reden nur hätte gemindert werden können. Alle Versuche Gottfrieds, mit ihnen sich einen Unterhalt zu verschaffen, mißlingen, und die Empfindung, die nun in ihm die Oberhand erhielt, war die der Langeweile.

Indem er ebenmäßig schweigend, schweigend verdaute und gelegentlich den Bierkrug zum Munde führte, war sein Geist auf eigene Rechnung tätig, und es überkam ihn ein stilles Verlangen. Er fühlte einen Reiz, zum Hause des Burgwebers hinzugehen und den Garten und die Gartenstiege des Hauses, wo die schöne Annemarie ihre Kammer hatte, von außen zu betrachten. Es war nur eine Art Neugier, die sein Herz erregte; aber sie gewährte ihm ein Interesse, und ihre Befriedigung entzieht ihm der Ode des Wirtshauses, worin er's nicht länger aushalten mochte.

Er zahlte, sagte seinen Tischgenossen den Abschiedsgruß und trat auf die Gasse hinaus. Die Nacht war herannahend. Er lenkte in den Seitenweg ein, um zu dem Hügel emporzukommen, der in alter Zeit mit einer Burg besetzt gewesen, jetzt aber die bescheidene Wohnung des

Der Gesang der Burichen, deren Rehen im Gange waren, klang ihm aus der Ferne schöner her und rührte seine Seele. Gorchend und gehend erreichte er das Anwesen, das abseits in tiefer Stille dalag. Tür und Läden waren verschlossen. Er ging um die Ecke des Hauses und trat an den Zaun des Gartens. Das Kammerfenster war noch hell. Wie er stillstehend hinsah und horchte, glaubte er Stimmen zu vernehmen. Er strengte sein Ohr an: es war kein Zweifel — die beiden Töchter des Webers, die in der Kammer schliefen, waren in einem Gespräch begriffen!

Instinktmäßig blieb er. Obwohl man andere Leute nicht behorchen soll, wenn sie etwas nicht hören lassen wollen, so war das jetzt nach dem Plan, den er gefaßt hatte, bei ihm doch was ganz anderes. Ihn ging das was an! Er konnte hören, was er erfahren mußte, und er horchte. — Über den Zaun steigen, zum Fenster hinschleichen und dort lauschen, das hätte er nicht tun mögen; aber an den Zaun hatte ihn der Zufall geführt — da konnte er doch stehen bleiben.

Er verstand nicht, was gesprochen wurde. Bald unterschied er aber eine klagende Stimme und eine zurebende, tröstende. Die klagende wurde heftiger — er erkannte den Ton der Annemarie und sagte sogar einzelne Worte auf. Erneuten, bittenden Mahnungen folgte zurest Stille, dann Weinen, endlich leidenschaftliches Schluchzen. Das Mädchen schien hörte offenbar nur sich und ihren Schmerz und gab sich ihm, die Hilfe der Tränen suchend, rückwärtslos hin. Die Klage, die sie dazwischen ausließ, vertiet eine Seele, der unendliches Unrecht geschehen und jeder Trost genommen war.

Gottfried mußte genug. Ergriffen, erschüttert trat er den Rückweg an. — Als er sich dem Wirtshaus näherte, sangen die jungen Leute ein Volkslied von einem Liebespaar, das nach kurzer Lust in Herzeleid, in Not und Elend gestürzt wurde. Sie hatten keine Ahnung davon, welchen Eindruck die Reime, die unter Burich wohl kannte, auf ihn hervorbringen mußten. — Er eilte, aus dem Dorfe zu kommen.

Auf dem Städtchen hingehend sagte er sich: „Ich hab' am End' noch erit eine Vermutung! Aber sei's wie's will — für mich ist's aus! — Gute Mutter,“ fuhr er mit traurigem Humor fort, „du hast kein Glück! Du hast einen Menschen zum Sohn, dem nichts durchgehen soll!“ Er schwieg und ging eine Strecke weiter. „Armes Mädchen!“ rief er dann im Ton innigen Mitleids. „Deine Schönheit ist nicht dein Glück gewesen! — Was hilft dir jetzt das Klagen? Du wirst nicht aufkommen gegen sie; — die reichen Leute werden schon dafür sorgen: sie werden dich wieder still machen!“ (Fortsetzung folgt.)

ihm wirklich eine Zumutung gemacht, die er als unzulässigen Druck empfand, so lag nichts näher, als ein telegraphisch oder telephonisch zuzutreten. Kamme er doch ebenso wie die Vertreter der Göppinger Parteiorganisation unsere Auffassung. Der Parteivorstand hat sich in dieser Angelegenheit nicht „einer Passivität schuldig“ gemacht, sondern sie vom ersten Augenblick in wirksamster Weise gefördert. Hätte er sich von fälschlichen Rücksichten leiten lassen, so hätte er seine Unterföhrung rundweg ablehnen müssen. Aber gerade, weil er die Interessen der Gesamtpartei im Auge hielt, fühlte er sich zu einem Eingreifen verpflichtet, bei dem er nicht einen Augenblick die Selbständigkeit der Göppinger Redaktion angetastet hat, sondern von vornherein im Weisheit Thalheimers und der Vertreter der Göppinger Genossen ausdrücklich erklärt hat, daß die finanzielle Verlegenheit der „Freien Volkszeitung“ nicht zur Beeinflussung ihrer politischen oder parteipolitischen Haltung gemacht werden dürfe. Der Parteivorstand hat sich also nicht um eine ihm „unangenehme Sache zu drücken“ versucht, er mußte vielmehr, da er sich nicht dauernd in Württemberg etablieren kann, das Resultat der von den Göppingern eingeleiteten Verhandlungen abwarten. Dann erst war für ihn die Zeit gekommen, seine Vertreter wieder nach Württemberg zu senden, um von neuem zu der Angelegenheit Stellung zu nehmen. Wir bedauern es im Parteinteresse, daß einige Parteiblätter aus Württemberg falsch informiert worden sind; auf das schärfste verurteilen müssen wir es jedoch, daß einzelne von ihnen trotz unserer sofort erfolgten Klarstellung ihr Vorwürfe zum Teil noch aufrecht erhalten haben.

Der Parteivorstand.

Anreizende Jugendlieber. In dem allbekanntesten Lied von Herwegh „Viel und Arbeit ruft die Welt“ und in der ebenso bekannten „Internationalen“ sieht die Berliner Staatsanwaltschaft eine gefährliche Tendenz. Diese beiden Lieder fand die Staatsanwaltschaft in dem von der Zentralstelle für die arbeitende Jugend herausgegebenen Jugendlieberbuch. Wegen Gefährdung des öffentlichen Friedens und wegen Aufreizung der Bevölkerung zu Gewalttätigkeiten (§ 130 St. G. B.) wurde gegen die Genossen Bruns und Weber, die für die Herausgabe des Buches verantwortlich sind, Anklage erhoben. Das Urteil des Gerichts kam jedoch zu einer Freisprechung. Wohl seien die beiden Lieder objektiv aufreizend, doch seien sie jahrelang unbeanstandet geblieben worden; auch erfolgte in Fällen, in welchen früher Anklage erhoben wurde, Freisprechung. Die Anklage konnten daher — so sagt das Urteil — der Ansicht sein, daß die Lieder nicht aufreizend sind.

Beleidigung, Verruß oder Erpressung. Mit der Freisprechung endete eine Aktion, die der Leipziger Staatsanwalt gegen Gen. Müller von der „Leipziger Volkszeitung“ eingeleitet hatte. Müller sollte sich gegen § 153 der Gewerbeordnung und gegen eine Anzahl Strafgesetzbuchparagrafen verstanden haben. Die Volkszeitung hatte einige Notizen zugunsten des Fleischerverbandes aufgenommen. Neben Müller nahmen auf der Anklagebank noch zwei Funktionäre des Fleischerverbandes Platz. Da der Staatsanwalt während der Verhandlung vor dem Schöffengericht sah, daß der ominöse § 153 keine Anwendung finden würde, beantragte er die Verweisung der Sache an das Landgericht, da — Erpressung (!) vorliege, denn es sei bezweckt worden, die nichtorganisierten Fleischergehilfen in die Organisation zu treiben. Das Schöffengericht fand in den Notizen weder eine Beleidigung noch sonst eine strafbare Handlung und kam zu einer Freisprechung; nur ein Verbandsfunktionär soll 30 Mk. Strafe zahlen wegen einfacher Beleidigung durch ein Flugblatt.

Ein Polizeispion. Die Essener „Arbeiterzeitung“ teilt mit, daß am 21. Mai vor dem Landgericht in Essen ein Polizeispion namens Wilhelm Beyer entlarvt worden ist. Unser Essener Parteiblatt bringt das Bild des dunklen Ehrenmannes und kann über dessen Persönlichkeit noch folgende Angaben machen: Beyer ist nach seiner eigenen Angabe vor Gericht mit 280 Mark Monatsgehalt bei der politischen Abteilung der königlichen Polizei zu Spionagezwecken angestellt. Er hat sich die Mitgliederliste des Steigerverbandes auf unlautere Weise — wie er sich selbst gerühmt haben soll, mittels Einbruchs in die Wohnung des Vorsitzenden des Steigerverbandes — beschafft. Von 1902 bis April 1909 spielte Beyer sich als Sozialdemokrat auf, markierte nebenher den wütenden Freidenker, hielt auch in diesem Sinne viele Vorträge a 15 Mk. Referentengebühr. In der sozialdemokratischen Partei im Bezirk Rheinland und Westfalen, setzte man ihm dieserhalb scharf zu, weil seine Agitationemethode absolut unsozialistisch war und nur auf den Profit berechnet erschien. Als seine Position auch noch infolge anderer Vorkommnisse in der sozialistischen Partei absolut unhaltbar geworden und er abgewimmelt werden sollte, zog Beyer es vor, rechtzeitig seinen Austritt zu erklären mit dem Bemerkten, daß er sich von der politischen Betätigung ganz zurückziehen wolle. Er wurde dann Mitglied des evangelischen Arbeitervereins und trat in Stellung bei der jetzt längst vertrachten „Westdeutschen Zeitung“, wo er Anschluß an die Gelbenbewegung und die politische Polizei fand, die beide bei der „Westdeutschen Zeitung“ liebevolle Förderung ihrer Interessen fanden. Nebenbei harmonisierte der Exgenosse auch sehr schön mit einer Anzahl Führer der christlichen Gewerkschaftsbewegung in Essen und war Mitarbeiter an der Scharfmacher-Korrespondenz des Herrn Raspere, bei der „Post“ in Berlin und verschiedenen anderen Scharfmacherblättern. Auch bei den Sekretären des Nationalen Vereins mußte Beyer sich gut anzupfehlen. Zum Unterhalt seiner Familie ließ dieser Mensch seine Frau als Zeitungsträgerin, Waisfrau ufm. mitverdienen, obgleich ihm sein verarmender Vater einen Wohnungszuschuß von 50 Mark gewährte. Der aus rein persönlichen Motiven unpfändbare Beyer brachte es fertig, der politischen Polizei und der deutschen Scharfmacherpresse Berichte zu liefern über die Unpfändbarkeit der Redakteure der „Arbeiterzeitung“, obwohl dieselbe nur dem Schutze des Gehaltes dient, damit sie und ihre Familien nicht unter Gerichtskostenpfändungen für Freiprozesse zu leiden haben.

Amerikanischer Parteitag.

Aus New York wird uns geschrieben: Der amerikanische Nominations-Konvent in Indianapolis, der am Sonnabend, dem 18. Mai, nach achtstägigen, trotz wiederholten Auseinanderplatzens der Geister immer harmonisch ausklingenden Verhandlungen beendet wurde, hat ein fast übergroßes Arbeitspensum aufs glücklichste bewältigt und dem Erfolge der Partei bei den nationalen Wahlen im Herbst bestens vorgearbeitet. Nicht nur ist dem vielfach gefürchteten Bruderkampf um die gewerkschaftliche Organisations- und Aktionsform dank den in Indianapolis gefaßten Beschlüssen die Spitze abgebrochen, auch der anarchischen Tendenzen, die sich in die gewaltig fortschreitende Partei wieder einzunisten, ist ihrem weiteren Vormarsch den Weg zu verlegen drohten, ist der Konvent klipp und klar Herr geworden, und zwar wurde

in beiden Fragen eine fast vollständige Einmütigkeit der Delegierten erzielt.

Als Präsidentschafts-, bzw. Vize-Präsidentschaftskandidaten der Partei wurden die Genossen Eugen Debs und Emil Seidel nominiert. Beide sind dem internationalen Proletariat nicht fremd. Der Name des Genossen Debs hat schon seit dessen Märtyrer-Rolle im sogenannten Pullman-Streik des Jahres 1894 einen guten Klang. Eugen Debs wurde im Jahre 1853 zu Terre Haute im Staate Indiana geboren und war bei allen Präsidentschaftswahlen seit 1900 der Bannerträger der amerikanischen Sozialdemokratie, als der er eine stets wachsende Stimmenzahl auf sich vereinte. Emil Seidel, der das Licht über das Dunkel der Welt Anno 1864 in Pennsylvania erblickte, ist deutscher Eltern Kind und empfing keine sozialistische Erziehung während eines sechs-jährigen Aufenthalts in Berlin, wo er aus jener Zeit her als eifrig tätiges Mitglied des Holzarbeiterverbandes noch in guter Erinnerung steht. Als er im Jahre 1902 nach Milwaukee zurückkehrte, war eben die „Sozialdemokratische Partei von Wisconsin“ aus der Wiege gehoben worden. In dem Wahlbezirk, in dem der junge Deutsch-Amerikaner im gleichen Jahre zur Urne schritt, wurden nur zwei sozialistische Stimmen abgegeben, deren eine von Genossen Seidel stammte. Fünfzehn Jahre später wählten die Arbeiter Milwaukees ihn zu ihrem Vertreter im Stadtrat, und zweimal nacheinander wurde er wiedergewählt, bis Milwaukee ihn in dem glorreichen Jahre 1910 zum Bürgermeister machte. Einer Koalition aller bürgerlichen Elemente gelang es bekanntlich vor wenigen Monaten, die sozialistische Verwaltung in der Metropole Wisconsin zu Fall zu bringen, jedoch das sozialistische Votum war in diesem Jahre um 3000 höher, als im Jahre 1910, und unsere erbittertesten Feinde machten Genossen Seidel nicht den Ruhm streitig, daß er mit volkommen „weißer Weste“ vom Kathause schied und der Stadt Milwaukee während der zwei Jahre seines Amtstermins eine Verwaltung gegeben hatte, die über jeden Verdacht der Korruption, wie sie vor ihm von dem Begriff der amerikanischen Kommunalverwaltung schlechterdings unzerrenlich schien, erhoben war. Debs und Seidel — in der bürgerlichen Presse Amerikas wird diese Wahl des Konvents als eine Verkuppelung der „radikalen“ und „konservativen“ Tendenzen innerhalb der Partei hingestellt. In Wahrheit verkörpern diese Genossen viel eher die beiden Arten oder auch die beiden Phasen der Wirksamkeit unserer amerikanischen Bruderpartei, die in diesen Jahren im Begriffe ist, über das rein propagandistische Stadium ihrer Tätigkeit hinauszukommen, und bei den Herbstwahlen sehr wahrscheinlich das Jünglein an der Wage bilden wird. Eugen Debs ist der große begeisterte Agitator, Emil Seidel der Mann der erfolgreichen Kleinarbeit und aktuellen politischen Machtentwicklung — beide manifestieren aber in ihrer Person die Einheit der politischen und gewerkschaftlichen Aktion der Arbeiterklasse, der Debs wie Seidel, der Lokomotivheizer wie der Modellschreiner, mit jeder Faser ihres Wesens treu geblieben sind.

In der Gewerkschaftsfrage kam der Konvent zu einem einstimmigen Kompromißbeschlusse, der eine Einmischung in die Kontroverse zwischen dem alten in der „Federation of Labor“ vereinigten „Trade Unions“ und den jüngeren, stark zum Syndikalismus neigenden Industrieverbänden strikt ablehnt, aber die Verpflichtung der Partei zur Förderung der gewerkschaftlichen Organisation überhaupt anerkennt. Genosse Karl Legien, der als Gast des Kongresses eine kurze Ansprache hielt, fand lebhaftes Interesse, als er die deutschen Auseinandersetzungen zu dem Thema „Partei und Gewerkschaft“ rekapituliert, als deren Ergebnis er die Absage der Partei an die lokalgewerkschaftlichen Zerplitterter und ein Handinhandarbeiten mit der Generalkommission der Gewerkschaften aufzeigte, aber der Konvent vermachte mit dem deutschen Beispiel offenbar nichts anzufangen. Genosse Haywood, der Vorsitzende der Industrieverbände, der neuerdings starke Hinneigung zur anarchischen Auffassung des Klassenkampfes gezeigt hatte — was seine Wahl zum Mitglied des Parteivorstandes keineswegs verhinderte — hatte den Kompromißbeschlusse akzeptiert und erklärte, „mit dieser Resolution an der Hand“ wieder „vor die Millionen Lohnarbeiter des Landes hintreten und ihnen die Botschaft des Sozialismus „verkünden“ zu können. Auch alle anderen Redner äußerten ihre Genugtuung über die harmonische Beilegung eines Zwistes, der schon so gefährlich auszuarten drohte. Nachgegeben haben in der Sache mehr die Freunde Haywoods, da die Partei schon vor vier Jahren eine Resolution annahm, die im Grunde das gleiche besagt. Nur hat die Partei ihren Standpunkt noch verschärft durch eine Klausel, wonach Bestirworter der „direkten Aktion“ und gewalttätiger Methoden aus der Parteiorganisation auszuschließen sind. Neunzig Delegierte stimmten in diesem Falle mit Nein. Angenommen wurde noch gegen eine beträchtliche Minderheit eine Resolution, die der „Plattform“ der Partei die Forderung des Frauenwahlrechts einfügt, ferner eine Resolution zugunsten der Organisation der „Farmarbeiter und Pächter“ und eine antimilitaristische Erklärung. Die Fragen der Genossenschaftsbewegung und der asiatischen Einwanderung werden „weiter studiert“. Außerdem wurden noch organisatorische Änderungen beschlossen. Der Kongreß, der wichtigste seit der Einigung der Partei in der gleichen Stadt (1901), war von 300 Delegierten besucht, die insgesamt gegen 160 000 Parteimitglieder vertraten.

Gewerkschaftsbewegung.

Der Streik der Stukkateure Berlins ist nach neunwöchentlicher Dauer mit vollem Erfolge beendet. Die Tarifvorlage der Unternehmer, die die bisherigen Arbeitsbedingungen vollständig auf den Kopf stellen wollte, wurde von den Unternehmern zurückgezogen. Am 1. Oktober 1912 tritt eine Verkürzung der Arbeitszeit um 1 1/2 Stunde ein. Die achtstündige Arbeitszeit kommt am 1. Oktober 1913 zur Einführung. Der Stundenlohn wird sofort um 3 Pfg. erhöht, am 1. Oktober 1912 und 1913 tritt eine weitere Erhöhung des Lohnes um je 3 Pfg. pro Stunde ein. Der Akkordtarif bleibt unverändert. Die Unternehmer gehören dem Kartell der Arbeitgeberverbände an. Auf die falschen von den Unternehmern schon vor einigen Wochen verbreiteten Gerüchte von der Beendigung des Streiks sind eine große Anzahl von

Stukkateuren nach Berlin gelockt ohne Aussicht auf Arbeit. Von den Streikenden selbst sind noch 190 Mann ohne Arbeit. Im Interesse der arbeitenden Stukkateure, besonders aber im Interesse der arbeitenden Kämpfer für den Achtstundentag wird dringend ersucht, Berlin vorläufig zu meiden.

Streik beim Bau des Mittelkanals. Bei der Firma Held u. Franke, Berlin, die zurzeit in Minden an der Weser Arbeiten am Mittelkanal ausführt, haben am 4. Juni sämtliche Arbeiter (Erdbarbeiter, Maschinisten, Helfer und Werkstellnarbeiter) die Arbeit eingestellt. In Betracht kommen insgesamt 420 Mann, darunter zirka 100 Ausländer. — Ursache des Streiks ist das ablehnende Verhalten der Firma gegenüber den Forderungen der Arbeiter. Gefordert wurde zehnstündige Arbeitszeit und eine geringe Lohn-erhöhung von durchschnittlich 3 bis 4 Pfg. pro Stunde. Zugang ist fernzuhalten.

Zum Gewerkschaftsstreit im katholischen Lager gibt der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands soeben eine äußerst scharfe Erklärung ab, die sich gegen die Angriffe der Berliner Fachabteilungen in der bekannten Fuldigungsadresse an den Papst richtet. Die Erklärung konstatiert zunächst einen Rückgang der Mitgliederzahl der katholischen Arbeitervereine, die höchstens 10 000 gegenüber 360 000 der christlichen und über zwei Millionen der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung betrage. Die Fachabteilungs-idee konnte sich in zehnjähriger, angestrengter Arbeit und mit großem Aufwand an Geldmitteln nicht durchsetzen. Die katholischen Arbeiter selbst waren für diese Idee nicht zu begeistern. Deshalb suchten ihre Vertreter stets auf Umwegen zum Ziele zu gelangen. Zunächst suchte man die deutschen Bischöfe durch unausgelegte persönliche Besuche einzeln zu beeinflussen. Als mehrere derselben sich die unerbetenen und aufdringlichen Besuche verbat, wurden sie und andere kirchliche Würdenträger mit schriftlichem Material überschwemmt. Als auch dieser Weg nicht zum Ziele führte, wurden die christlichen Gewerkschaften jahrelang öffentlich verhetzt. Diese Verhetzung wurde den katholischen Fachabteilungen Ende 1910 seitens der preussischen Bischöfe unterlagert. Jetzt wurde der Kampf gegen die christlichen Gewerkschaften verstärkt und vom Auslande her aufgenommen. Die 10-jährigen agitatorischen und organisatorischen Anstrengungen des Berliner Verbandes für seine Fachabteilungen stellen ein einziges großes Fiasko dar. Was sie erreichten, war lediglich eine Hemmung der christlichen Gewerkschaften und eine indirekte Förderung der sozialdemokratischen Bewegung. Um einem vollständigen Zusammenbruche des Berliner Systems vorzubeugen, suchten dessen Vertreter in den letzten Tagen über die Köpfe der christlichen Bischöfe hinweg in Rom eine Beantragung der christlichen Gewerkschaften für die katholischen Arbeiter zu erwirken. Diesem Zweck diente eine sogen. Fuldigungsadresse an den Papst, die auf dem Delegiertentage des Verbandes katholischer Arbeitervereine zu Rinnstein d. H. bekannt gegeben wurde. Noch nie ist das Oberhaupt der katholischen Kirche über Weisen und Charakter der christlichen Arbeiterbewegung Deutschlands so mählicher hintergangen und getäuscht worden, wie in dieser Fuldigungsadresse. Sie ist die Krönung eines jahrelangen Verleumdungsfeldzuges des Berliner Verbandes gegen die christlichen Gewerkschaften. Dagegen erheben die christlichen Gewerkschaften den schärfsten Protest. — In den weiteren Ausführungen wird dann nachzuweisen versucht, daß in einem Lande wie Deutschland, das die stärkste sozialdemokratische Bewegung unter allen Ländern habe, die christliche Arbeiterbewegung eine Notwendigkeit sei. Die Unternehmer seien organisiert ohne Rücksicht auf die Konfession, und bei dieser Sachlage sei eine Zusammenfassung aller christlich-nationalen Elemente ganz unvermeidlich. Zum Schluß wird dann gesagt, die christlichen Gewerkschaften stehen und fallen mit der nationalen Entwicklung unseres Vaterlandes.

Die Frage nach der Fernorganisation. Vor längerer Zeit schon wurde in der Presse berichtet, daß eine Anzahl Firmen ihre technischen Angestellten und die Stellenbewerber nach ihrer Zugehörigkeit zum Bunde der technisch-industriellen Beamten fragen, um auf diese Weise die gewerkschaftlich organisierten Angestellten grundsätzlich von ihren Betrieben fernzuhalten. Wie nun die „Deutsche Industriebeamten-Zeitung“ mitteilt, hat vor kurzem auch die Maschinenfabrik Hohenzollern A.-G. in Düsseldorf und die Firma Kaiser u. Co. in Kassel das Engagement eines technischen Angestellten davon abhängig gemacht, daß er aus dem Bunde austrete. Wo bleibt da der „Schutz des Rechtes auf Berufsausübung gegen unerlaubten Zwang“, wie der Hanfabund seine Denkschrift für den Schutz der Arbeitsfreiheit häufen sich neuerdings in einer Weise, daß man dem Gesetzgeber dringend empfehlen muß, sich weniger mit den Anträgen des Zentralverbandes Deutscher Industrieller und des Hansabundes, als vielmehr mit der Frage zu beschäftigen, wie die Angestellten vor dem Terrorismus der Arbeitgeber zu schützen sind.

„Kagmarcks“ unter sich. Das Benehmen der aus Anlaß des Ausstandes in der „Aktiengesellschaft für Fabrikation von Eisenbahn-Material zu Görlitz“ (Waggonfabrik) als Streikbrecher herangekommenen Kagmarckgarde wird immer gemeingefährlicher. Nachdem wiederholt von Mitgliedern dieser Truppe nächtliche Ruhestörungen verübt wurden, die in Schlägereien ausarteten und bei denen auch Revolverkugeln fielen, haben sie nun in der Nacht zum Montag eine regelrechte Straßenjagd geliefert. Erst skandalisierten sie in der Stadt umher und belästigten die Passanten, sodas die Polizei sich genötigt sah, einzuschreiten. Dann gerieten die Herrschaften auf der nach dem Bahnhofe führenden Berliner Straße unter sich in Streit und verprügelten einen der Ihren. Der Beschlagene zog hierauf einen Revolver und gab sechs scharfe Schüsse auf seine Angreifer ab. Drei der eigenen Kumpanen wurden verletzt. Auch vorübergehende Passanten schwanden in Gefahr, von diesem Rowdies niedergeschossen zu werden. Von den übrigen „Kagmarcks“ stürzten sich nun die Freunde der Vermundeten auf den Revolverhelden und liehen mit ihren Stöcken so lange auf ihn ein, bis er bestimmungslos liegen blieb. Im Krankenhaus, wohin ihn die Freunde brachten, wurde an dem Revolverhelden ein Schädelbruch festgestellt. Auch aus der Umgegend kommen Meldungen von dem rohen Benehmen dieser dem Staate nützlichen Elemente. Im nahegelegenen Seldenberg verprügelten zwei jener „Arbeitswilligen“ einen Kutscher, der auf rechtmäßiger Bezahlung für eine Fahrt nach dem Bahnhof bestand. Von österreichischen Bahn- und Zollbeamten wurde einer dieser Schläger festgehalten. Die Görlitzer Polizei geht sehr schonungslos gegen diese mit Wodwasser aller Art versehene Horde vor. Als dagegen vor einiger Zeit ein Parteigenosse beerdigt wurde, wurde aus „sicherheitspolizeilichen“ Gründen das Tragen eines Kranzes mit roter Schleife untersagt, bei Nichtbeachtung des Verbots wurde nürigenfalls zur Entfernung der roten Schleifen die Anwendung unmittelbaren Zwanges angedroht. Man wird wohl durch die auf öffentlichen Straßen schießende Kagmarckgarde die öffentliche Sicherheit gefährdet erscheinen?

Soziales.

Zur Aufhebung des Hilfsstättengesetzes wird geschrieben: Die am 1. Juni d. J. erfolgte Aufhebung des Hilfsstättengesetzes hat bei manchen direkt oder indirekt davon Betroffenen eine gewisse Aufregung hervorgerufen, die jedoch unbegründet ist, weil an dem Fortbestehen der Stätten dadurch nichts geändert wird. Auch sind die Mitglieder derjenigen Hilfsstättengesellschaften, welche eine nach § 75 a des Krankenversicherungsgesetzes ausgestellte Bescheinigung besitzen, nach wie vor davon befreit, einer Zwangsstrafe beitreten zu müssen. Die Aufhebung des Hilfsstättengesetzes hat in der Hauptsache zunächst nur die Wirkung, daß diejenigen Kassen, deren Geschäftsbetrieb sich über das Gebiet eines Bundesstaates hinaus erstreckt, nicht mehr der seitigen Aufsichtsbehörde, sondern dem Aufsichtsrat für Privatversicherung in Berlin unterstellt sind, und daß statutarische Bestimmungen, die etwa mit den jetzt für die „Eingetragenen Hilfskassen“ — fernernhin „Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit“ genannt — maßgebenden gesetzlichen Bestimmungen im Widerspruch stehen, ohne weiteres außer Wirksamkeit getreten sind. Im übrigen haben die Kassen ihre Statuten (Satzungen) bis zu einem bestimmten, jedenfalls aber noch ziemlich fernliegenden Termin den neuen Rechtsverhältnissen anzupassen.

Mittelständler gegen Sozialreform. Die Detaillisten der Textilbranche beschäftigten sich auf einer Tagung der süddeutschen Gruppe dieses Verbandes mit verschiedenen der neueren sozialpolitischen Gesetzesvorlagen. Der Kaufmann Simon-Franfurt a. M. bemerkte in der Besprechung der Tätigkeit des Verbandes zur Abwehr gesetzlicher Maßnahmen, daß es dem Verbands gelangene sei, beim Heimarbeitsgesetz die Einsetzung von Lohnämtern zu verhindern. Die Erklärung klingt etwas sehr bramarbasierend, denn die wirtschaftlich nicht sehr mächtige Gruppe der Detaillisten kann sich dieses hohe Verdienst sozialpolitischen Rückschritts nicht zuerkennen, sie zeigt aber, wer alles sich bemüht hat, um das sozialpolitisch einzig Wertvolle am Heimarbeitsgesetz zu Fall zu bringen, trotz erdenklicher Mühe, die sich die sozialdemokratische Fraktion gab, um die Errichtung von Lohnämtern gesetzlich einzuführen. Beim Gesetzentwurf über die Sonntagarbeit hat nach Angabe des Referenten der Verband erreicht, daß die Zuschneider Sonntags tätig sein dürfen bezw. daß das Maßnehmen am Sonntag gestattet ist. Die Aufhebung der Stempelgebühr für die Erlaubnis, Überarbeit machen zu dürfen, rechnet sich der Verband ebenfalls als Verdienst an. Nur wenn der Vermögenswert der für den Unternehmer geleisteten Arbeit 150 Mark nicht übersteigt, ist kein Stempel zu erheben. — Bedauert wurde noch, daß es nicht gelungen sei, die Angestelltenversicherung hinauszuhalten, aber es wurde versichert, daß der Verband fortgesetzt in Fühlung mit den Reichsbehörden stehe.

Aus Nah und Fern.

Glückliche Tiere. Die überaus große Mehrzahl der arbeitenden Bevölkerung betrachtet es als ein außerordentliches Glück, dauernde Beschäftigung zu haben. Körper und Geist stärkende Ferien sind Millionen Arbeitern bislang ein unerreichbares Ideal. Erst dann, wenn der Arbeiter durch die übermäßige Ausbeutung seiner Arbeitskraft marode geworden ist, muß er gezwungenermaßen aufspannen. Aber die Furcht, seine bisherige Arbeitsgelegenheit zu verlieren oder das unzulängliche Krankengeld zwingen ihn, seine unfreiwilligen Ferien vorzeitig zu beenden. Sollte ein Arbeiter in seiner Verblöndung sich aber gar zu dem wahnwitzigen Gedanken verweisen, daß eigentlich doch der Unternehmer, der aus der Arbeitskraft seiner Arbeiter den Mehrwert zieht, moralisch verpflichtet sei, ihn zur Kräftigung seiner geschwächten Gesundheit in ein Seebad zu schicken, so ist ein Arbeiter würde man in ein Narrenhaus stecken. Und doch ist das gar nicht so nützlich, wenn es sich nicht um Arbeiter, wohl aber um Rennpferde handelt. In der Berliner „Sportwelt“ vom 29. Mai lesen wir: „Aus Ostende schreibt uns unser belgischer Korrespondent: Die Gerichtsberechtigten Kandidaten für Hamburg und Bremen steigen in den letzten Tagen von ihrem Kohlenherd. Nachdem Montyon, der sich von seinem Kölner Doppeltege nicht so bald, wie erwartet, hat erholen können, und Coram Popula, welcher hart angegriffen aus der Grand Steeple Chase de Bruxelles zurückkam, schon seit Wochen hier Kräftigung in ständenden Seebädern suchen, hat man nun auch bei Quatram's erhem Versuch in einem ernsteren Handicap — im Big de Géant in Stöckel — einsehen müssen, daß er zum Tragen eines größeren Gewichtes doch noch nicht fähig ist, indem er erst neun Längen hinter dem fünfjährigen Wildfowler-Sohn Abatti des Ojeo. von dem Branden einkam, von welchem er drei Hals erhielt und sich auch noch vor dem sechsjährigen No Uncle mit fünf Längen beugen mußte.“ — Was den Pferden recht ist, ist auch lange nicht so nützlich, so verlangt es die vielgepriesene kapitalistische Weltordnung, denn Rennpferde kosten Geld, Arbeitslose liegen genug auf der Straße, und wenn sie verbräutet sind, ist sojabolischer Ertrag vorhanden.

Zum Kapitel Landarbeiterbehandlung in Venezuela berichtet der „Volkswille“: Auf dem Hintergrunde in Stecula bei Ringelheim sind eine Anzahl polnische Arbeiter, Männer, Frauen, Mädchen und Waisen beschäftigt. Am 2. Mai waren einige dieser Leute bis abends 7½ Uhr mit Dreien beschäftigt worden. Am andern Freitag morgen kamen hier der verarbeiteten Männer einige Minuten nach 8 Uhr zur Arbeit, welche geringe Vergütung für den veralteten Grund genug war, die vier Männer zu entlassen. Die Entlassenen sollten nun in ihre Heimat transportiert werden. Damit waren aber ihre Frauen und auch die übrigen Töchter und Waisen nicht einverstanden, und sie wollten alle fort, welches Verlangen indes von dem Verwalter abgelehnt wurde. Nun wurde der General in herbeigeholt, um die Sache in Ordnung zu bringen. Ein Wagen wurde beschafft, worauf die entlassenen Polen fortgebracht werden sollten. Die Polen wollten sich aber auch jetzt noch nicht trennen, sondern handten alle dicht beisammen. Diesen begreiflichen Widerstand glaubte der General damit brechen zu können, daß er zunächst mit seinem Revolver drohte, aber auch das fruchtete nicht. Da zog der General sein Seitengewehr und schlug damit auf die Polen ein, von denen er einige verletzte. Dem General kamen dann noch der Lokalausschreiber und der Verwalter zu Hilfe, die mit ihren eigenen Knüppeln ebenfalls auf die Polen einschlugen. Bergwärts! Mit diesem Widerstand schienen für den General wohl die Zeitverhältnisse des Auftrags gegeben zu sein, denn er wandte sich jetzt telefonisch an das Landratsamt in Gollub, worauf dann nach der Rückkehr von Salgitter besetzt wurde. Ein neuer Versuch, die entlassenen Polen fortzubringen, scheiterte; auch als man ihnen endlich gehend, ihre Frauen mitzunehmen, war ein Verbotsgewaltiges Hindernis, denn davon wollten die jungen Töchter und Waisen nichts wissen. Nun legten die General, unterstützt von einigen Gollubern, kräftig Hand an, um die Frauen und Mädchen mit Gewalt von dem Ort zu entfernen, worauf die Frauen mit ihren Kindern auf die Straße zu drängen, doch die eben erwähnten Polen

durch das Fenster ins Freie und stellten sich wieder vor ihre Mitarbeiter. Da die Beamten sahen, daß auf diese Weise die Leute nicht auseinandergebracht werden konnten, zogen schließlich von dannen. Damit war die Geschichte aber nicht erledigt. Am andern Tage, Sonnabends, wurden sämtliche Polen aufs Feld geschickt bis auf zwei Männer und eine Frau, die mit Hofarbeiten beschäftigt wurden. Gegen 7 Uhr stellten sich die Genbarmen ein, und nun wurden die beiden Männer und die Frau kurzerhand geschloffen und auf einem Wagen forttransportiert, wie es hieß, nach Liebenburg ins Gerichtsfängnis. Man sieht, mit polnischen Landarbeitern wird nicht viel Federlesens gemacht. Wollen sie sich den nach ihrer Meinung unberechtigten Maßnahmen der Gutsbesitzer nicht fügen, dann werden sie kurzerhand entlassen. Und wenn sie schließlich den Bemühungen, sie von ihren Frauen zu trennen und abzuschleppen, passiven Widerstand entgegenzusetzen, dann werden sie verprügelt und obendrein laufen sie Gefahr, wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt oder gar wegen Aufruhrs angeklagt zu werden. Und so wird auch wahrscheinlich dieses Vorkommnis ausfallen.

Zentrumspolitik in der Schule! Wenn irgendwo ein Lehrbuch für Schulen, in denen auch katholische Kinder sich befinden, eine Darstellung enthält, die nicht mit der ultramontanen Geschichtsschreibung übereinstimmt, so erhebt die ganze Zentrumspresse ein großes Geschrei. Daß katholische Lehrer aber selbst die Politik und zwar falsche, volksverhätende Politik in die Schule hineintragen, bestätigt die „Westdeutsche Lehrerzeitung“ (das Organ des katholischen Lehrerverbandes, Provinz Rheinland). In Nr. 22 schreibt Heinrich Gier über „Heimatlichen Rechenunterricht“ und erzählt, daß er seinen Schülern über die „gerechte Verteilung der Steuern auf die ärmeren und reicheren Bürger“ Aufschluß gebe durch die preußische Einkommensteuertabelle: „Die Kinder sehen, daß der arme Mann auf doppelter Weise geschont wird, daß er 1. keine Staatssteuer und 2. eine geringere Gemeindesteuer zahlt und zum Überfluß kann ich ihnen noch sagen, daß von den 2173 hiesigen Steuerzahlern 532 zu 4 Mark und 369 zu 2,40 Mk. Einkommensteuer veranlagt sind, also 411 keine Einkommensteuer zu zahlen brauchen, und hierzu gehören wahrscheinlich diejenigen, die am meisten über Steuern schimpfen.“ — Der Lehrer, der nach diesem Gierischen Rezept die Zentrumspolitik in die Schulstube trägt, spielt ein gefährliches Spiel. Er gibt wirklich den Kindern ein falsches Bild von der Steuerbelastung, wenn er kein Wort über die indirekten Steuern verliert, die doch nach Erbsberger, den Armen im Verhältnis zu seinem Einkommen 10mal so hoch belasten wie den Reichen.“ Er läßt ohne weiteres Gefahr, sich vor seinen Schülern bloßzustellen, denn heute weiß schon manches Schulkind, daß nicht die direkten Steuern die armen Leute am meisten drücken. Die einfache Klugheit sollte also die Lehrer abhalten, die Gierische Methode zu befolgen. Das wird nun allerdings nur selten geschehen und deshalb ist es die Pflicht der proletarischen Eltern, dieser Art Schulpolitik entgegenzuwirken.

Selbstmord einer Siebzehnjährigen. Auf der Bahnstrecke Neustadt-Dürheim wurde die zerstückelte Leiche eines jungen Mädchens aufgefunden, die als die 17 Jahre alte Tochter des Maurermeisters Schapner in Neustadt ermittelt worden ist. Das Mädchen hatte gegen den Willen der Eltern ein Tanzvergnügen besucht und war deshalb ausgeholten worden. Das scheint der Grund zum Selbstmord gewesen zu sein.

Entführung einer minderjährigen Kunstschülerin aus Wien. Am 21. Mai vermißte die siebzehnjährige Schülerin der Akademie für Musik und darstellende Kunst Hilda S. aus der elterlichen Wohnung. Sie hatte in einem zurückgelassenen Briefe die Absicht kundgegeben, sich in den Donaustrom zu stürzen. Die Eltern bezweifelten jedoch den Ernst der Absicht und waren der Meinung, daß das auffällige hübsche Mädchen aus Wien entführt worden sei. Die Annahme ist auch richtig gewesen, denn von Hilda S. traf sie hier ein Brief aus London ein des Inhalts, daß sie von einem Baron entführt worden sei und daß der Entführer sie dort sitzen gelassen habe. Den Namen des Entführers nennt sie nicht. Die Polizeidirektion hat sich sofort nach London gewandt, und es ist schnell gelungen, das Mädchen ausfindig zu machen und es vor weiteren Fährnissen zu bewahren. Die Eltern sind unterwegs, um ihr Kind in die Heimat zu holen. Die Erhebungen über die Person des Entführers sind im Gange.

Der Untergang der „Titanic“ vor dem englischen Untersuchungschof. Vor dem Untersuchungschof, der die Zeugen über den Untergang der „Titanic“ verhört, erwidert Bruce Ismay, der Direktor der White Star Line, dem ziemlich hart zugesetzt wurde. Er gab zu, daß die Schnelligkeit des Schiffes unmöglich von 68 bis auf 75 Umdrehungen gesteigert wurde, und daß man an dem Unglücksanfang bereit war, wenn am folgenden Tag klarer Wetter sein würde, das Schiff mit der höchsten Schnelligkeit von 78 Umdrehungen gehen zu lassen. Er leugnete, daß die Nähe des Eis ein Grund zur Verlangsamung der Fahrt hätte sein sollen, wenn auch natürlich nach Empfang der warnenden Marconimeldung, die Kapitän Smith ihm zeigte, große Sorgfalt am Plage gewesen wäre. Er leugnete nicht, daß er, als er schließlich in das hinabgelassene Boot stieg, den Dampfer als gefährdet und dem Untergang geweiht betrachtete. Auch er sah das Licht des geheimnisvollen Schiffes, ist aber überzeugt, daß es nicht die „Californian“, überhaupt kein Dampfer, sondern ein Segler war. Ismay erklärte, er sei nur ein einfacher Passagier auf dem Schiff gewesen, wenn er sich auch für das Verhalten des Schiffes interessierte, da die Gesellschaft ein neues, ähnliches Schiff bauen wollte. Andere Zeugen bezeichneten aber Herrn Ismay als „überkapitän“, der die Schnelligkeit des Schiffes bestimmt habe.

Unfall eines amerikanischen Schleichschiffes. Bei Rockland Maine ist dem amerikanischen Schleichschiff „Arizona“, das sich auf der ersten Versuchsfahrt befindet, ein Unfall zugefallen. Die „Arizona“ fuhr auf einen Felsen auf und erlitt ein Def. Infolge des einwirkenden Funktionierens der wasserdrichten Schotten blieb das Schleichschiff flott und konnte, ohne den Schaden zu reparieren, die Probefahrt fortsetzen. Die Reparatur wird erst nach der Beendigung der Probefahrt vorgenommen.

Zwei Hinrichtungen. Nach in Konstantinopel eingetroffenen Meldungen sind am 31. Mai in Derna zwei Leute hingerichtet worden, ein Einwohner, weil er schre Geländes in die Stadt zurückgeführt war, und ein Meger, den die Italiener in ihre militärischen Abteilungen, die sie dort formierten, einreihen wollten, der aber die ihm angelegene Uniform vom Leibe riß und erklärte, er wolle lieber sterben, als gegen seine Glaubensgenossen kämpfen. Diese beiden Hinrichtungen haben sowohl in der Türkei als auch in Ägypten große Aufregung verursacht.

Ein bestochener Geschworener. Aus Los Angeles wird telegraphiert: Der Prozeß gegen die Brüder Mr. Ramara, die das Gebäude der „Los Angeles Times“ in die Luft gesprengt haben, wird ein interessantes Nachspiel haben. Der Anwalt der Mr. Ramara Clarence Darrow ist angeklagt, bei jenem Prozeß einen Geschworenen bestochen zu haben. In der Verhandlung sagte der ehemalige Richter Francis, der bei dem Vergehen den Zwischenhändler gespielt haben soll, aus, Darrow habe ihm erzählt, das Befehlsgeld komme von Samuel Compers, dem Präsidenten des amerikanischen Arbeiterverbandes. — Mr. Compers erklärte die Aussagen Francis in der Verhandlung in Los Angeles als Lüge. Er kenne Darrow nicht, habe nie etwas mit ihm zu tun gehabt und habe weder ihm noch irgend jemand anders Geld geschickt. Er habe überhaupt nichts mit irgendwelchen Gewerkschaftsgeldern zu tun.

Todessturz aus dem Schnellzug. Bei St. Jegen ereignete sich auf dem Bahngleise ein Unglück. Dort stürzte ein Spandauer Pionier aus dem Schnellzug. Er war sofort tot.

Kleine Nachrichten. Der erste tödliche Hitzschlag in Berlin ereignete sich Dienstag mittag. Der Kaufmann Hermann Kohn brach in der Karlstraße plötzlich zusammen. Ein Schuhmann brachte ihn zur Charite, wo man aber nur den bereits eingetretenen Tod konstatieren konnte. — Spielende Kinder hatten Dienstag in der Elbestraße zu Berlin Reißig zusammengetragen und dieses angezündet. Dabei kam die 13jährige Tochter des Arbeiters Schmidt den Flammen zu nahe und erlitt so schwere Brandwunden, daß sie bald darauf in der Unfallstation starb. — In der Nacht zum Mittwoch fand eine Schuhmannspatrouille einen Betrunknen, den Franzbinder Vogt, auf der Straße. Als er aufgefordert wurde, nach Hause zu gehen, und der Schuhmann Heck ihn aufrichten wollte, versetzte ihm Vogt einen Messerstoß in den Unterleib, so daß der Betroffene zusammenbrach. Da der Betrunkene weiter tobte, erhielt er von dem zweiten Schuhmann mehrere Säbelhiebe über den Kopf. Herbeieilende Wachen nahmen eine drohende Haltung gegen die Beamten ein. Die Menge wurde durch andere Beamte zerstreut. Der verletzte Schuhmann liegt bedenklich darnieder. — Ein 12jähriger Schüler in Leipzig schob seinen 10jährigen Bruder mit einem Revolver verächtlich in den Mund und verletzte ihn lebensgefährlich. — In der Nähe von Rurkersdorf fuhr in der vergangenen Nacht ein Automobil gegen eine Barriere. Von den Insassen wurden vier Damen schwer verletzt. Das Automobil wurde zertrümmert. Ebenfalls bei Rurkersdorf fuhr ein anderes Automobil in einen Graben und überschlug sich. Hierbei wurde eine Dame schwer verletzt. — Nach einer Blättermeldung aus Tunis ist der Dampfer „Dendaye“ aus Bayonne in der Nähe von Kerkenna an einem Felsen gescheitert. Ein mit fünf Matrosen bemanntes Boot des Dampfers, das Hilfe holen wollte, ist untergegangen.

Handels- und Marktnachrichten.

Lübeker Marktpreise vom 5. Juni.
Bauern-Butter Pfd. 1,20—1,25 Mk., Meierei-Butter Pfd. 1,80—1,85 Mk., Hasen — Mk., Enten — Mk., Löhner 2,00—3,00 Mk., Ruten Stüt 1,20—1,50 Mk., Tauben Stüt 60—70 Pf., Gänse — Pfd. — Mk., Fliedgans — Mk., Schinken Pfd. 0,00—1,10 Mk., Schweinstopf Pfd. 50—60 Pfg., Wurst Pfd. 0,00—1,40, Eier Stk. 7 Pfg., Kerfinge — Pfg., Dorsche genüg, Süßwasserfische genüg, Karpfen Pfd. — Mk., Geräuch. Lachs Pfd. 1—2 Mk., Schleie 1,40—1,50 Mk., Brachsen 0,60 Pfg., Hechte Pfd. — Pf., Barische Pfd. 60 Pfg., Aal Pfd. 0,70—1,00 Mk., Karautschen Pfd. 80 Pfg., Gemüse genüg, Blumenkohl der Kopf 30—50 Mk., Kohl 100 Pfd. — Mk., Gurken 100 Pfd. — Mk., Zwiebeln, hiesige, Pfd. — Mk., Äpfel, verschiedene pr. 100 Pfd. — Mk., Blaumen, pr. 100 Pfd. Mk., Rirschen Pfd. — Pfg., Kartoffeln neue 10 Pfd. 60—70 Pfg., Mand Pfd. — Pfg., Steinbutt, lebende Pfd. 80 Pfg.

Getreidepreise. Lübeck, 5. Juni.
Weizen, 128—134 Pfd. holl. — — — Mk., Roggen 120—125 Pfd., holl. 190—195 Mk., Gerste, nach Qualität 205—215 Mk., Hafer, nach Qualität, 203—208 Mk. alter — Mk., hochfein über Notiz, per 1000 Kilo.

Hamburger Sternschanz-Viehmarkt vom 5. Juni.
Auftrieb 1990 Schweine. Markt langsam geräumt. — überhand — Stück.
Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., — bis 69,— (— bis 55,00 Mk.) Mittelschwere Ware, von 240—260 Pfd., Tara 20 Proz., 68,— bis 69,— (54,50 bis 55,— Mk.) Mittelwäre, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., 68,00 bis 69,— (53,— bis 53,50 Mk.) Gute leichte Ware, unter 200 Pfd., Tara 22 Proz., — bis 68,— (— bis 53,— Mk.) Geringere Ware, Tara 24 Proz., 60,— bis 66,— (45,50 bis 50,00) Mk. Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 64,— bis 65,— (51,00 bis 52,00) Mk. Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent 58,00 bis 62,00 (45,00 bis 48,50) Mk.

Butter-Notierungen
b. Landwirtschaftskammer f. d. Provinz Schleswig-Holstein
Butter-Auktion des ostholsteinischen Meierei-Verbandes.
Hamburg, 5. Juni.
1. Klasse 893 Drittel zu 116,43 Mk. im Durchschnitt.
2. 54 112,63 Mk.
Unverkauft blieben — Tonnen.

Literarisches.

Eingegangene Schriften und Bücher.
Die „Neue Zeit“, Heft 36.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verteiger: F. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Insertate finden durch den „Lübeker Volksboten“ in den Kreisen des wertvollen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im „Lübeker Volksboten“.